

vertreten. Dabei gelang es ihm durch geschickte Fragestellung den deutschnationalen Sacarno-Schwundel gründlich und für immer zu erledigen. Herr Stresemann mußte bestätigen, daß die frumme Legende von der Mannhaftigkeit, mit der die Schiele und Konferten in der Regierung die „völkischen Belange“ vertreten haben sollen, nicht zu halten ist.

Eine „Vertrauensgrundlage“ wollte Herr Luther haben. Nun hat er sie, und er wird zugeben müssen: sie ist nicht sehr berühmt. 160 haben ihm das Vertrauen gegeben — weniger als ein Drittel des Reichstags! 280, eine starke Mehrheit, haben ihm in verschiedener Weise ihr Vertrauen vorzuziehen. Aber da zehn weniger als 160 mit Nein stimmten, ist die verfassungsmäßige Formalität erfüllt, die dem zweiten Luther-Kabinett das Leben ermöglicht.

Wahr als eine Rettung kann das nicht sein. Wohin geht der Weg? Wahrscheinlich in absehbarer Zeit in einen Wahlkampf, aus dem die Sozialdemokratie gestärkt hervorgehen muß, wenn nicht das alte Glied von neuem beginnen soll. Unser Ziel: das nächstmal für uns allein stärker zu werden, als es die „Regierungsmehrheit“ Luthers von gestern gewesen ist.

Das Abstimmungsergebnis.

Während des ganzen Nachmittags herrschte im Reichstag große Spannung, weil das Ergebnis der Abstimmung über das Vertrauensvotum als im höchsten Maße zweifelhaft erschien. Bei vollbesetztem Hause hätten die Regierungsparteien über 171 Stimmen, die Oppositionsparteien über 170 Stimmen verfügt. Als nun feststand, daß sowohl die Sozialdemokratie wie die Wirtschaftliche Vereinigung Stimmhaltung beschlossen hätten und als ferner bekannt wurde, daß entgegen anders lautenden Gerüchten, die Deutschnationalen nicht nur keine Abkommandierungen, sondern im Gegenteil Fraktionszwang gegen das Vertrauensvotum beschlossen hätten, da konzentrierte sich das Interesse vor allem auf die Frage der Präsenzstärke der einzelnen Fraktionen. Die Zahl der fehlenden sozialdemokratischen und mittelfraktionellen Abgeordneten war in diesem Falle nebensächlich, da es ausschließlich auf die „Ja“-Stimmen und die „Nein“-Stimmen ankam. So drängten sich Regierungsvorredner, Presseberichterstatter und Abgeordnete um die in den Wandelgängen aufgestellten Büllle, wo die Anwesenheitslisten ausliegen, in die sich die Abgeordneten eintragen. Die Schlußfrage war nun, in welchem Lager sich die größere Anzahl von Abwesenden befinde, ob bei der Regierungskoalition oder bei den Oppositionsparteien. Man erfuhr bald, daß von den Regierungsparteien etwa 10 bis 12, von den Oppositionsparteien etwa 15 bis 20 Abgeordnete fehlten. Damit war das Schicksal der Regierung im Sinne der Annahme des Vertrauensvotums mit knapper Mehrheit für die Eingeweihten bereits entschieden, noch ehe die Abstimmung vorgenommen wurde. Bei den Regierungsparteien fehlten fünf Zentrumsleute, darunter der württembergische Innenminister Dr. Bötz, sowie Dr. Wirth, bei den Demokraten Professor Schilling und Pfarrer Koresell, bei der Deutschen Volkspartei Dr. Heinge, Dr. Bildemeister, Dr. Hugo und der Landbundführer Hepp, sowie ein bayerischer Volksparteiler.

Bei den Oppositionsparteien waren die Büllle absolut und proportional am stärksten bei den Völkischen, die von ihren 15 Mann nur 9 anwesend hatten; es fehlten bei ihnen namentlich Rudendorff, Dr. Best und Straffer, wobei noch hinzukam, daß der Abgeordnete Henning noch im Laufe des Nachmittags von der Sitzung durch den Vizepräsidenten Bell ausgeschlossen wurde. Auch bei den Kommunisten fehlten 5 Abgeordnete, darunter Ruth Fischer und Clara Zetkin. Schließlich fehlten bei den Deutschnationalen acht Abgeordnete, darunter, wie oft schon in ähnlichen Situationen, der württembergische Staatspräsident Bagille, sowie Tripitz.

Das zunächst im Plenum auf Grund der schnellen Zählung durch die Beisitzer verkündete vorläufige Ergebnis der Ab-

stimmung war, besonders hinsichtlich der Stimmhaltungen, unrichtig. Die amtliche Nachprüfung ergab die Zahlen:

für das Vertrauensvotum	160 Stimmen
gegen das Vertrauensvotum	150 Stimmen
Stimmhaltungen	130 Stimmen

Nur ein einziger Abgeordneter ist der offiziellen Parole seiner Fraktion nicht gefolgt, und zwar der Abgeordnete Kerschbaum, der als bayerischer Bauernbündler der Wirtschaftlichen Vereinigung angehört und für die Regierung gestimmt hat. Die sonstigen anwesenden 17 Mitglieder der Wirtschaftspartei haben blaue Enthaltungszettel abgegeben, ebenso wie 113 Sozialdemokraten. Eine doppelt abgegebene Stimme wurde für ungültig erklärt.

Die Landbank gemeinnütziges Unternehmen Eingreifen des preussischen Staates.

Die Sanierung der Landbank ist perfekt, sie wird gemeinnütziges Unternehmen und der Einfluß des bisherigen Großaktionärs und Aufsichtsratsvorsitzenden Hugenberg ist beiseite. Das ist das Ergebnis eines Schreibens, das der preussische Landwirtschaftsminister an den Landeshauptmann der Grenzmark Posen-Westpreußen gerichtet hat. Danach ist die preussische Staatsregierung bereit, nachdem die Provinzialbehörden der Grenzmark Posen-Westpreußen 23,5 Millionen Landbankaktien übernommen haben, der Landbank zur Fortführung ihrer Siedlungstätigkeit die erforderlichen Betriebskredite zu gewähren, für die die Bedingungen noch zu vereinbaren sind. Gleichzeitig übernimmt der preussische Staat fernerseits 14 Millionen Landbankaktien (Papiermarkt) und zwar zum gleichen Preise von je 1 Reichsmark auf die 1000 Papiermarkkette, zu dem die Grenzmarkbehörden die Aktien übernommen haben.

Damit ist die weitüberwiegende Mehrheit der Landbankaktien in Staats Hände übergegangen. Von den 65 Millionen Aktien befinden sich nach der Neuordnung beim preussischen Staat 14 Millionen, bei den Provinzialbehörden 23,5 Millionen, bei der Preussischen Staatsbank 9 Millionen, bei der gemeinnützigen Siedlungsgesellschaft „Eigene Scholle“ 5 Millionen, zusammen 51,5 Millionen. Nur der kleinere Rest von 13,5 Millionen befindet sich im Verkehr. Der gemeinnützige Charakter der Landbank ist also garantiert, und jede Majorisierung in der Generalversammlung, die dem gemeinnützigen Zweck gefährlich werden könnte, ist ausgeschlossen. Es ist jetzt zu hoffen, daß die Siedlung der Ostkolonien und polnischen Ostparten nunmehr mit Nachdruck gefördert und die Wirtschaftstätigkeit des Siedlungsunternehmens nicht neuerdings gefährdet wird. Bisher sind 6000 Flüchtlinge angestellert worden.

Die Gefahr, die den Siedlungsbestrebungen im Osten ohne das Eingreifen der Provinzial- und Staatsbehörden droht hätte, ist evident. Es wären nicht nur die bisherigen Siedlungen in ihrer Existenz gefährdet worden, sondern es wäre auch der sehr wertvolle Grundbesitz von 32000 Morgen Land mit großer Wahrscheinlichkeit veräußert oder zum mindesten den Siedlungszwecken entzogen und erwerbswirtschaftlichen Spekulationen zugeführt worden. Das ist nun verhindert. Bei dem relativ niedrigen Erwerbspreis der Aktien scheint die Neuordnung angesichts des großen Grundbesitzes für die Beteiligten auch ein durchaus zweckmäßiges und vernünftiges Geschäft. Wenn auch nicht zu übersehen ist, daß mit dem Erwerb der Aktien die Staatsbehörden auch die beträchtlichen Schulden übernehmen werden müssen, so scheint die solide Geschäftsgrundlage für die Zukunft infolge der niedrigen Lebernahme der Aktien doch gesichert. Die Sanierung der Landbank ist übrigens nicht Herrn Hugenberg, sondern im wesentlichen der Initiative eines ausgerechnet sozialdemokratischen Landeshauptmanns zu danken.

Nach Katos Tod ist die japanische Regierung zurückgetreten. Die Regierungspartei leitet als vorläufiger Nachfolger Katos Wakatsuki.

Ein neuer Tendenzprozeß.

Das Gerichtsverfahren gegen Oberstaatsanwaltasmus.

Chemnitz, 28. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Am Donnerstag begann vor dem großen Schöffengericht der seit langem angekündigte Prozeß gegen den Freiburger Oberstaatsanwalt Genossen Dr.asmus.

Das äußere Bild ließ schon auf einen großen Tag schließen. Der Zuhörerraum war lange vor Beginn der Verhandlung überfüllt. Als Verteidiger fungieren die Genossen Dr. Vasi-Berlin, Dr. Günther-Dresden und Dr. Brandt-Berlin, während der Amtsgerichtsdirektor Dr. Magirus die Verhandlungen leitet und Oberstaatsanwalt Dr. Weber als Vertreter des Generalstaatsanwalts von Sachsen die Anklage vertritt.

Genosseasmus wird beschuldigt, sich in sieben Fällen gegen den § 346 StGB. vergangen zu haben. Der angezogene Paragraph bedroht Beamte, die absichtlich die Verfolgung einer strafbaren Handlung unterlassen, um jemand der gesetzlichen Strafe zu entziehen, mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren.

Am ersten Tage der Verhandlung wurden nach der Feststellung der Personalien an Hand riesiger Aktienstöße die sieben Fälle — bei den über tausend von Dr.asmus bearbeiteten Prozessen ein verschwindender Bruchteil — behandelt.

Nachdem das Gebäude der Anklage in der Nachmittagsverhandlung wie ein Kartenhaus zusammengefallen war, gab es plötzlich eine Sensation. Im Interesse der Schöffen, die sich über den Fall angeblich noch kein klares Bild machen konnten, meinte der Vorsitzende, lebhaft unterstützt von dem Anklagevertreter, wäre die Verhandlung noch weiterer Aktienstöße angebracht. Man wollte aus den längst erledigten und auch von dem Generalstaatsanwalt eingestellten Verfahren neues Material holen. Dieses Material könnte zwar nicht, wie man sagte, die eventuelle Strafe beeinflussen, weil die Verfahren ja eingestellt sind, aber es würde wesentlich zur Orientierung über die Erledigung der Dienstgeschäfte durch den Angeklagten beitragen. Der Vorsitzende wollte am nächsten Verhandlungstag — zwei oder drei Stunden lang — aus den Akten, die den Verteidigern durch ein „Versehen“ des Gerichts bisher nicht zugänglich gemacht wurden, referieren.

Gegen diesen unglücklichen Versuch, sich über die Prozedurordnung hinwegzusetzen, stießen der Vorsitzende ebenso wie der Anklagevertreter auf den heftigsten Widerspruch der Verteidigung. Das Gericht wird sich im Laufe des heutigen Abends mit der neuen Rechtslage befassen und seinen Beschluß zu Beginn der morgigen Sitzung verkünden.

Faschistische Vertragstreue.

Bruch der Handelsverträge durch Einschränkung des Niederlassungsrechts.

Jansbrud, 28. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Alle drei Parteien im Landtag (Christlichsozial, Großdeutsche, Sozialdemokraten) haben an den Landeshauptmann eine Interpellation gerichtet, die ein Einschreiten der Bundesregierung gegen das von der italienischen Regierung erlassene Dekret über die Ausweisung ausländischer Handels- und Gewerbetreibenden in den Innerräumen einer Entfernung von 30 Kilometern von der Grenze entfernt liegenden Bezirken verlangt. Die Interpellation schlägt vor, Vorstellungen bei der italienischen Regierung, und falls diese ergebnislos bleiben sollten, solche beim Völkerbund zu erheben. Sollten diese Schritte keinen Erfolg haben, so werden Gegenmaßnahmen im Sinne der einschlägigen Bestimmungen des österreichisch-italienischen Handelsvertrages in Vorschlag gebracht werden.

In die 30-Kilometer-Zone fallen der ganze Binnengau einschließlich der Stadt Meran mit ihren Hotels, die zum Teil auch im Besitz von Reichsdeutschen sind, das Eisacktal bis nach Brigen und das Pustertal bis Franzensfeste.

Gegen Fremdennepp. Die nordamerikanische Regierung hat ihren Gesandten in Athen angewiesen, gegen den Erlaß des Generalis Bangalos zu protestieren, wonach allen ausländischen Touristen eine Sondersteuer von 1 Pfund Sterling auferlegt wird.

Romain Rolland.

(Zu seinem heutigen sechzigsten Geburtstag)
Von Heinz Liepmann.

Zunächst Biographisches, das dann für das Verständnis des Wertes dieses Dichters wichtig ist, weil er sein Leben nach den Grundgedanken eingerichtet hat, die die Ideen seiner Werke bestimmen. Er wurde am 29. Januar 1866 in Clamecy (Frankreich) als Sohn einer bemittelten Bürgerfamilie geboren, studierte nach Absolvierung heimatischer Schulen in Paris und Rom Kunstgeschichte und wurde zur Abfassung größerer Werke kunstgeschichtlichen Inhalts staatlich beauftragt. Mit 31 Jahren las er in der Pariser Sorbonne über Kunstgeschichte. Kurz vor Ausbruch des Krieges siedelte er in die Schweiz über und arbeitete von 1914 bis 1916 beim Roten Kreuz in Genf und beschäftigte sich auch späterhin stets als Kriegspolizist. Den Nobelpreis für Literatur erhielt er im Jahre 1916. Nach Beendigung des Krieges lebte er noch zwei Jahre in Paris und faßte sich dann endgültig in der Schweiz an.

Wenn ein Dichter bei Lebzeiten, an seinem sechzigsten Geburtstag, bereits der anerkannteste und prominenteste seines Erdteils ist, so liegt das entweder an seiner technischen Genialität oder an seiner Ethik. Während die technische Genialität eines Bernard Shaw diesen zum Interpreten des intellektuellen Esprits machte, ist Rolland der einzige und — der vollkommene Nachfahre der großen religionsrevolutionären Dichter Ruslands — Tolstois und Dostojewskis — geworden.

Das eben ist das seltene und erhebende an dem Wert dieses Dichters, daß er nicht die französische Schule der Zola, Balzac, Flaubert fortsetzt: die Dichter des skeptischen Realismus und des Grundfahes: Form über Idee, — sondern daß er, als Erbe Tolstois und der vorchristlichen Klassiker, das Motiv des Gedanklichen und Menschlichen vor das der formalen Ebenmäßigkeit stellt.

Daß sein verbindliches Werk „Johann Christoph“ die Jüge des von ihm innigst verehrten Beethoven trägt, und das Buch zur Predigt wird, zur Kanzelpredigt eines lebendigsten Lebenskampfes und — Zieltes —

Daß sein „Meister Braugnon“ fern jeder geschmückten Form, die erschütternd frohsinnige, herbe und herzliche Formel für einen Lebensinhalt preisgibt —

Daß er nur einmal — das Gebet an den Eras im „Sommer“, — ein Gedicht schreibt und trotzdem ein dramatischer Lyriker, Regattischer Art wird, denn seine Lebensform verkörpert den Übergang in der Stellung von Beethoven zu Wagner —

Daß er Revolutionsdramen schrieb, voll tieferer Dramatik und Sensibilität als die Reuehaftigkeit der modernen Bühnenregiekunst sie verlebendigen kann, weil diese Dramen der erotischen Romane zu wenig und der gedanklichen zu viele haben —

Daß er Bücher über das Leben Tolstois, Beethovens, Michelangelos, Handels, Mahatma Gandhis und Rilkes (ihreres ist nur bei enstlicher Sprache erschienen) schrieb, sich diesen blutsverwandter Seele fühlend — solche Bücher für solche Biographen als nicht

ergott gelten, die aber Dichtungen sind, welche das geistige Dasein der Beschriebenen rekonstruieren —

Dies alles ist für seine Originalität typisch und deshalb zu erwähnen.

Wenn ich mein Empfinden so zu lösen vermöchte — und mit einem Sach alles von ihm sagen will — wie er es in seinen Biographien konnte, so würde ich es folgendermaßen tun:

Er ist ein Prediger des sozialen Geistes in der Realität und in der Idee — ein Prediger, dessen Rede einer Form gehorcht, die wertvoller ist als die literarische: die persönliche. Und da seine Persönlichkeit eine ewig kämpfende, an den Sieg des Guten glaubende, also innerst religiöse ist, gibt er seinen ethischen Gedanken dramatische Form.

Ich glaube, daß dies alles ist, was man über ihn sagen muß, um ihn lieben zu können. Er selbst teilte scheinbar diese Ansicht.

III.

Der Mensch: Selten erlebte ich eine derartige Harmonie zwischen Dichter und Persönlichkeit. Er ist der ewige Kämpfer und der ewige Gläubige, der „ewige Johann Christoph“. Er ist nur Bruder, verlebend für die Leiden des Kleinsten und fremdesten Menschen, Lebenswert und herzlich. Unter Einjamkeit innerst, wie jeder tiefere und innigere Dichter lebend. Er weiß, daß er kein Genie ist, daß ihm hierzu das Unierrium fehlt. Aber er weiß auch, daß er der ist, der heute als der „reinsten Dichter“ von der Jugend Europas geliebt wird.

Groß und schlanke, eine repräsentative Figur, ist seine Hand und alles an ihm außer seinem Kopf an sich unbemerkenswert. Die Figur und deren Haltung und Bewegung ist nicht typisch. Ganz im Gegenteil: sie ist fast als konventionell zu bezeichnen, Ausdruck einer Konvention, die aus Unroffinerheit gegenüber den Wandern des Lebens entstanden sein mag.

Auch sein Kopf wäre ohne die Augen nur darum bemerkenswert, weil er verraten läßt, daß er in der Jugend durch die weiße Leuchtheit seiner gewählten Stirn im edelsten Sinn einfältig und schon gewirkt haben muß.

Aber diese Augen: blaue Grotten, aus denen abgrundtief, wie aus Bronnen Ehrlichkeit, Liebe und eine tiefere Gläubigkeit strahlen. Augen, wie ich solche auf tausend Reisen nie wieder sah. Vor ihnen schämt man sich jeder Raffinesse, vor ihnen fern man leben. Auch ich lernte es dort.

IV.

Sachlich muß noch bemerkt werden, daß Romain Rollands Einfluß auf die jüngste deutsche Literatur unerkennbar ist. Und, ich glaube, daß es so gut ist. Das ist sogar sehr gut. Denn ein Genie läßt sich nicht befehlen (wenn es eins geben sollte), aber der Schar junger Dichter sei Romain Rollands gläubige Weisheit das in dieser pubertären Zeit sehr zu wünschende Vorbild. Romain Rolland schenke uns noch viele Werke, ihm zu Ruh seiner endlichen Vollendung und uns unserer gläubigen Menschlichkeit wegen!

Stadtsoper. Das 7. Sinfoniekonzert findet ausnahmsweise Mittwoch, den 3. Februar, statt. Das Programm bringt eine Sinfonie von G. S. Faget und die O-Dir. Sinfonie von Schubert.

Die Empfindlichkeit der chemischen Analyse hat in jüngster Zeit eine besondere Steigerung erfahren durch die Arbeiten des Wiener Chemikers Dr. Feigl, der über diese Arbeiten in der Deutschen Chemischen Gesellschaft berichtete. Die chemische Analyse kann oft den an sie gestellten Ansprüchen nicht mit völliger Eindeutigkeit und Schärfe entsprechen, es fehlen ihr häufig die spezifischen und empfindlichen Reaktionen, die ganz geringen Mengen einer Substanz, neben anderen oft der Menge nach überwiegenden Stoffen erkennen lassen. Vor allem aber fehlt ein Wegweiser, der das systematische Ausschließen und Finden solcher Reaktionen ermöglicht. Hier greift Feigl ein, indem er die in den letzten Jahren ausgebaute Komplexchemie der Analyse dienstbar zu machen sucht. So lassen sich einerseits durch den Einbau der Elemente in hochatomige Verbindungen Reaktionen schaffen, die Eindeutigkeit und Empfindlichkeit vereinen. Man kann gleichsam feststellen, welche Atomgruppierungen vorhanden sein müssen, um einen bestimmten analytischen Nachweis zu führen und dann unter den Substanzen mit dieser Atomgruppierung diejenigen auswählen, die praktisch die geeignetste ist. So erschließen die Gedankengänge Feigls nicht nur weites wissenschaftliches Neuland, sondern haben schon zu sehr beachtlichen Ergebnissen geführt. Er konnte verschiedene neue von ihm ausgearbeitete Reaktionen durchführen, die durch einfaches Zusammenbringen von je einem Tropfen Flüssigkeit auf Filterpapier erkennen lassen, ob der gesuchte Stoff vorhanden ist oder nicht. So läßt sich die Annäherung von 0,000002 Gramm Phosphorsäure auf die einfachste Weise sicher nachweisen. Dieses eine Beispiel mag genügen, um zu zeigen, daß hier wissenschaftliche Fortschritte von theoretischer und praktischer Bedeutung vorliegen.

Die Flugschrift des Kultusministers zum Fall Schillings. Der preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung gab vor einiger Zeit die von ihm im Preussischen Landtag am 14. Dezember v. J. gehaltenen Rede als Flugschrift unter dem Titel „Die preussische Kunstpolitik und der Fall Schillings“ in einem Leipziger Verlage heraus. Einige Abgeordnete der deutschvölkischen Landtagsfraktion fragten das Staatsministerium, ob die Herstellung der Flugschrift aus öffentlichen Mitteln erfolgt sei, ferner ob das Staatsministerium diesen außerordentlichen Schritt des Ministers für gut“ bezie. — Wie der amtliche preussische Pressedienst auf Grund der Antwort des Kultusministers mitteilt, ist die Herstellung der Flugschrift nicht aus öffentlichen Mitteln erfolgt. Der beanstandete Schritt des Ministers ist nicht „außerordentlich“, sondern entspricht einer bei Ministerien häufig geübten Praxis.

Sprechstundenliste. Das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht veranlaßt wieder Sprechstunden für Künstler und für Fortgeschrittene. Sie sollen der Bequemlichkeit wegen, sich im abendlichen, mäßigen, konzentrierten, lehrerlichen Sprachgebrauch zu üben. Die Kurse finden unter Leitung von Universitätsprofessor Dr. Drahatzki; Zeit nach Bedarf, auf Vereinbarung in Leitfaden (am liebsten), die am Montag, Mittwoch, Donnerstag im Spätnachmittag stattfinden können. Dauer: bis zu den Osterferien, Gebühre 10 R.

Die „Bölen haben“ im Sportplatz. Für den Original-Rinderbau der Bölen haben sich die namhaftesten Kunstschaffenden der Berliner Bühnen und die bekanntesten Maler und Zeichner zusammengelassen, um den Sportplatz am 6. Februar in einem Rinderplatz endlich umzuwandeln. Das Bauwerk befindet sich im Volkshaus, Potsdamer Platz, und ist von 10 bis 7 Uhr geöffnet.

Max von Baden gegen die Admirale.

Die Reichsleitung war nicht unterrichtet. — Schwere Beschuldigungen gegen Admiral Scheer.

Gestern wurde im Untersuchungsausschuss des Reichstages eine Darstellung des früheren Reichskanzlers Prinzen Max von Baden über die Vorgänge bei der Flotte im November 1918 vorgelesen.

Nach dieser Darstellung steht fest: Der Reichskanzler war von der geplanten Entscheidungsschlacht der Flotte nicht unterrichtet. Er wurde selbst dann nicht unterrichtet, als die Nachricht von der Weigerung der Mannschaften nach Berlin kam. Es steht fest, daß Prinz Max von Baden jenes Flugblatt, das die Mannschaften beruhigen sollte, im guten Glauben unterzeichnet hat.

Max von Baden erhebt gegen die Leitung der Marine die schwersten Vorwürfe. Er beschuldigt sie, der Reichsleitung keine präzise Meldung von ihrem Vorhaben gemacht zu haben, so daß die eidliche Aussage der Herren von der Marine vor dem Reichstag in München, er sei von dem geplanten Vorstoß der Flotte vorher in Kenntnis gesetzt worden, nicht richtig sein kann.

Er beschuldigt die Flottenleitung, daß sie aus Mißtrauen gegen ihn der Reichsleitung keine Mitteilung gemacht habe.

Er verweist weiter darauf hin, daß ein solcher Flottenvorstoß während der Waffenstillstandsverhandlungen nicht hätte erfolgen dürfen. Er erklärt es für seine Meinung, daß der Vorstoß der Flotte nach dem Bekanntwerden der harten Waffenstillstandsbedingungen hätte unternommen werden müssen, und er glaubt, daß dann die Waffenstillstandsbedingungen und der Friedensvertrag leichter ausgefallen wären.

Die Erklärung des Prinzen Max von Baden ist der schwerste Vorwurf, der gegen die Flottenleitung erhoben worden ist. Er bestreitet ausdrücklich den Admiralen von damals das Recht, die Anklage gegen die Flottenmannschaften zu erheben, sie hätten der nationalen Verteidigung das Rückgrat gebrochen.

Was Max von Baden über die Möglichkeit eines weiteren Widerstandes sagt, ist keine Entschuldigung für die Admirale. Es liegt in diesem Teil seiner Darstellungen eine merkwürdige Halbheit: er sagt einerseits die Admirale an, daß sie die Weigerung der Flottenmannschaften während der Verhandlungen über den Waffenstillstand provoziert haben, andererseits brandmarkt er die Mannschaften als Reuterer.

Seine Tatsachensfeststellungen aber sind klar, eindeutig, vernichtend für die Admirale. Die Schuld an den Vorgängen auf der Flotte tragen sie. Sie waren die Reuterer. Sie haben noch im Augenblick der Katastrophe die Reichsleitung gewissenlos im Unklaren gelassen.

In der nicht öffentlichen Sitzung des vierten Untersuchungsausschusses des Reichstages über die Kriegsverbrechen wurden gestern folgende Darlegungen aus dem im Druck befindlichen Buche des Prinzen Max von Baden als Arbeitsmaterial für den Ausschuss bekanntgegeben, die des Prinzen in den letzten Tagen wiederholt erörterte Stellungnahme zur Frage des beabsichtigten letzten Flottenvorstoßes im Oktober 1918 enthalten.

Auszug aus dem Manuskript meines Buches, gez. Max, Prinz von Baden:

3. 11. 18. ... Von der Marine lagen alarmierende Meldungen vor: Beharungsüberforderung auf mehreren Schiffen vor Wilhelmshaven. Noch waren die Mittelungen nicht durchsichtig: War die Mannesucht wieder hergestellt worden? Lagen bolschewistische Umtriebe zugrunde oder nur lokale Unzufriedenheiten? Ritter v. Mann sei mit einem sehr ersten Befehl in der Kabinetsitzung vom 2. 11. erschienen und habe folgendes berichtet:

Die Mannschaften mehrerer großer Schiffe hätten sich geweigert, den Befehl zum Auslaufen (am 29. und 30. 10.) Folge zu leisten. Sie hätten offen gemeutert und sich verbarrikadiert, so daß Admiral v. Hipper sie von Torpedobooten umzingeln, ja, die Torpedos auf sie richten ließ. Alsdann seien die Beharungsüberforderungen beharrt worden. Die Reuterer gäben als Beweggrund an:

Die Offiziere und das Flottenkommando wollten den Frieden nicht. Sie hätten die Flotte in einer großen Schlacht opfern wollen.

Staatssekretär v. Mann erbat einen Aufruf der Regierung, der eine Ermahnung zur Disziplin, aber kein Amnestieverprechen enthalten sollte.

4. 11. 18. ... Am Morgen des 4. November fand zwischen dem General v. Winterfeldt und Staatssekretär Scheidemann ein bezeichnender Wortwechsel statt.

General v. Winterfeldt: Wir rechnen mit schweren Bedingungen. Sollten diese zu schwer sein, so würden wir sie ablehnen unter Vorlegung der Bedingungen, die wir für erträglich halten. Die Entente redne selbst damit, daß wir ihre Bedingungen nicht sofort annehmen würden.

Scheidemann: Die D.M. muß genau orientiert werden über die Lage im Innern. Wir werden keinen Widerstand mehr leisten können. Die Lage hat sich sehr verschärft. Seine Worte erhielten einen unheimlichen Nachdruck durch den Bericht, den gleich darauf Staatssekretär v. Mann erstattete, dem Kabinett und mir persönlich. Das dritte Geschwader war in Kiel eingetroffen, hatte sich sehr aufrührerisch benommen, Forderungen revolutionärer Natur gestellt und mit dem Erschlagen von Offizieren gedroht. Zwischen Mannschaften des dritten Geschwaders und einer marschierenden Truppe sei es zu einem blutigen Zusammenstoß gekommen. Es habe Tote und Verwundete gegeben, der Führer der zuverlässigen Truppe sei schwer verletzt worden. Die Lage sei sehr ernst. Man hätte militärische Hilfe von Rügen und Lübeck erbeten.

Die Nachrichten klangen noch verworren, aber in dem einen Punkt waren sie deutlich genug.

Die Marineleitung war nicht mehr Herr der Lage. Die Sozialdemokratie wurde zu Hilfe gerufen; der Staatssekretär des Reichsmarineamts hat, auch im Namen der lokalen Behörden, das sozialdemokratische Abgeordnete nach Kiel geschickt wurden, um beruhigend zu wirken.

In der Redaktion des „Vorwärts“, so teilte er mit, werde loben ein aufklärendes Flugblatt hergestellt; es solle von der Regierung und den militärischen Stellen unterzeichnet werden. Die Kommandostellen wünschten sofortige Verbreitung. Bei den Marinemannschaften müsse der Irrtum beseitigt werden, daß die Offiziere die Absicht hätten, die Flotte zu vernichten, um sie nicht ausliefern zu brauchen. Das Flugblatt wurde von mir, dem Staatssekretär Scheidemann und dem Staatssekretär Ritter v. Mann unterzeichnet. Es hatte folgenden Wortlaut (folgt der Wortlaut, den wir bereits wiedergegeben haben).

Wir entsandten nach an demselben Tage den Abg. Koste, der als Marinekommissar der sozialdemokratischen Partei bei den Rostocker großen Sitzung am 6. Staatssekretär Hausmann begleitete ihn als Vertreter der Regierung.

5. 11. 18. Über Kiel trafen noch im Laufe des Tages widersprüchliche Nachrichten ein. Offenbar funktionierten die Verbindungslinien. Wir warteten mit großer Spannung auf Rostock und Hausmanns erste Meldung.

Auch die Herren von der Marine haben in diesem Augenblick nicht klar, aber sie verfügten über eine sichere Kenntnis von entscheidender Bedeutung. Warum wurde sie mir noch an diesem Tage vorenthalten? Tatsächlich sollte am 28. Oktober die Flotte zur Entscheidungsschlacht ausfahren.

Tatsächlich wurde am 31. Oktober der Befehl zurückgezogen unter dem Eindruck der Reuterer und wir wurden am 4. November aufgefordert, die „Legende von der Todesfahrt“ durch Flugblätter zu zerstreuen. Gewiß, die Marine erwartete nicht den Untergang der deutschen Flotte, sondern ihren Sieg. Das Dementi war daher formal richtig, wurde aber allgemein dahin verstanden und sollte dahin mißverstanden werden, daß die Ausfahrt keineswegs einem Kampf mit England gelte, sondern nur eine der „üblichen Fahrten“ sein sollte, die man in letzter Zeit schon öfters machte, um die Mannschaften zu beschäftigen. (Situation aus dem Bericht des Befehlshabers eines Bundesstaates, den dieser auf Grund der ihm erteilten amtlichen Informationen am 6. November abhandelt.)

Vor Gericht in München haben die Herren von der Marine ausgesagt: Ich wäre von dem geplanten Vorstoß der Flotte vorher in Kenntnis gesetzt worden, ehe diese eidlichen Versicherungen vorlag. hätte ich es auf meinen Eid genommen, daß ich durch keine Silbe im Voraus informiert worden war. Heute steht für mich fest, daß Admiral Scheer in Gegenwart des Konteradmirals v. Leschow mir am 20. Oktober dem Sinne nach gesagt hat: „Daß der Hochseeflotte nach Einstellung des U-Boot-Krieges die volle Freiheit des Handelns zurückgegeben werden würde.“ (Admiral Scheer: „Dem Segelschiff zum U-Boot.“)

Aber nie und nimmer kann ich diese allgemeine Wendung, die nicht einmal sehr akzentuiert gewesen sein kann, als eine genügend erhellende Aufklärung betrachten: Die deutsche Flotte wird innerhalb der nächsten zehn Tage den Kampf auf Leben und Tod mit der englischen Flotte suchen. In jedem Falle hätte die Reichsleitung vor der endgültigen Befehlsausgabe präzise Meldung erhalten müssen.

Ich kann die Erklärung nicht gelten lassen, daß mir aus Gründen der Geheimhaltung Zeitpunkt und Ziel der Unternehmung verschwiegen werden mußten. Dem Reichskanzler dürften militärische Angelegenheiten von so weittragender politischer Bedeutung keine Geheimnisse bleiben. Aber ich bin überzeugt, daß ein Mißtrauen anderer Art der letzte Beweggrund gewesen ist. Rücksichten der militärischen Verschwiegenheit konnten nicht mehr wirksam sein, nachdem Hipper den Vorstoß aufgegeben hatte; und auch dann wurde ich nicht aufgeklärt.

Die Marine — das ist heute meine Überzeugung — besorgte, die Reichsleitung würde nicht genügend Verständnis und Glauben aufbringen, um die gewaltige Unternehmung gutzuheißen. Richtig ist, daß ich den Optimismus nicht durchaus geteilt haben würde. Wenn reale Grundlagen für eine solche Zuversicht gegeben waren, warum hätte dann der Admiral Scheer alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die Einstellung des U-Boot-Krieges zu verhindern? Er hätte sie vielmehr fordern müssen: Denn erstens konnte der U-Boot-Krieg nicht rasch genug wirken, um das Schicksal des Krieges noch zu wenden; zweitens war sein Ausbruch Vorbedingung für die Entscheidungsschlacht; er band einen guten Teil der Hochseeflotte, und die U-Boote wurden bei dem geplanten Vorstoß gebraucht.

Ich gebe aber zu, wenn die Entscheidungsschlacht einmal beschlossene Sache war, so war es Pflicht der Flottenleitung, sich zum sicheren Glauben an den Sieg hinanzusetzen. Wenn ich nun auch dieser Hochstimmung gegenüber nüchtern geblieben wäre, so hätte ich doch dem Grundgedanken des Marineunternehmens zugestimmt, und zwar aus den folgenden Erwägungen heraus:

Wenn der Sieg erfochten wurde — und das war nicht unmöglich bei unserer Führung, der Schulung der Mannschaft und der Überlegenheit unseres Materials — dann wäre dem bedrängten Heere und der mit täglich steigender Ungebuld lebenden Heimat ein gewaltiger Auftrieb zum Durchhalten gegeben. Nach einem deutschen Flottenstiege wären Revolution und Kapitulation am 9. und 11. November nahezu eine feilische Unmöglichkeit geworden; obgleich wir uns hätten sagen müssen, daß die Engländer durch ihre Niederlage fester denn je an unseren Todfeind Frankreich geklebt worden wären.

Wenn aber unsere Flotte eine ruhmreiche Niederlage erleiden, so wenn wirklich ihre letzte Fahrt die Todesfahrt sein würde, so war dennoch die militärisch-politische Zweckmäßigkeit unbedingt zu bejahen. Von der Oberstärke würde eine beschämende Kraft ausgegangen sein, der sich auch viele Treulohe und Verzagene nicht hätten entziehen können. Man hat mit Recht an die Thermopylen erinnert. Ich stelle fest: Das Mißtrauen der Marine war nicht gerechtfertigt.

Allerdings: Wenn Admiral Scheer mir vertraut und mich in den gewaltigen Plan eingeweiht hätte, so glaube ich, daß ich meine Pflicht als Kanzler getan und ihn beschworen haben würde, nicht auf eigene Faust nationale Verteidigung zu machen, sondern erst zu schlagen, nachdem wir über die Waffenstillstandsbedingungen öffentliche Klarheit hätten. Denn erst dann wäre das Vertrauen zu Wilson als Grundlage Tauschung nachgelassen worden, vor dem ganzen Volke, insbesondere aber vor den Matrosen, die schon seit 1917 als infiziert gelten mußten und die aus ihre lähmste und gefährlichste Unternehmung des ganzen Krieges durchzuführen sollten.

Wenn heute die Marine die Reuterer und Reuterer in ihren Reihen brandmarkt, so sage ich: sie hat Recht. Die Reuterer auf der Flotte haben der nationalen Verteidigung das Rückgrat gebrochen.

Aber die Admirale von damals dürfen diese Anklage nicht erheben.

Ehe der Feldherr die Entscheidungsschlacht sucht, hat er der Zuverlässigkeit seines Instrumentes sicher zu sein, der Moral der Menschen nicht minder, als der materiellen Nachmittel. — Der Feldherr — so fordert Clausewitz — muß bei längerer Kriegsdauer die subversiven Tendenzen in seine Rechnung einstellen.

Der Vorstoß der Flotte, unternommen während der Schweden, mit 100 solchen Hoffnungen begleiteten Verhandlungen, mußte an dem Gefühl der Mannschaften scheitern: „Morgen ist Frieden. Was hat es für einen Sinn, noch heute zu sterben?“

Anderer, wenn nach dem Eintreffen der Bedingungen die Flotte ausgefahren wäre, um eine Schmach abzuwenden, die sie am schwersten treffen sollte. Dann hätte das große Unternehmen gelingen und die nationale Erhebung einleiten und befehlen können. Bei einer rechtzeitigen Aussprache zwischen den leitenden Instanzen wäre es wohl so gekommen, daß ich entweder den Admiral Scheer dazu veranlaßt hätte, zu warten, oder aber ich hätte eingeschrieben, daß aus technischen Gründen ein Ausbruch unmöglich war; dann müßten wir versuchen, durch eine direkte Anfrage bei Hoch die Bedingungen beschleunigt herauszuholen in der Hoffnung, daß die Flottenaktion diese Demütigung wieder gutmache.

Nach heute stehe ich vor einem Rätsel:

Warum hat sich die Marine mit nicht anvertraut?

Ich kann nur die eine niederdrückende Erklärung geben: Wohl hat Bismarck die Sonderbündel der deutschen Staaten auf Haupt geschlossen, und zwar so entscheidend, daß sie sich auch nach der Revolution nur schüchtern zu erheben wagte; aber der Partikularismus fikt wie ein eingeborener Fluß in der deutschen Natur, und hat sich vor dem Kriege, vor allem aber

während des Krieges, in die Ressorts, in die Behörden geflüchtet; in die Marine, in den Generalstab, in das auswärtige Amt; sie haben sich gegenseitig nicht vertraut und setzen in bundesgenössischem Handeln so zusammengezwängt, wie das Wohl der Nation es erfordert.

Ohne Kiel keine Revolution, ohne die Revolution keine Kapitulation am 11. November.

Dieser schweren Anklage gegenüber wird immer geltend gemacht: die nationale Verteidigung wäre in jedem Falle sinnlos und aussichtslos gewesen.

Darauf habe ich zu sagen: Es handelt sich darum, nicht nur die materiellen Nachmittel, sondern den Willen der feindlichen Völker abzuschwächen. Wenn es gegolten hätte, Elsaß-Lothringen zu erobern, dann wären die alliierten Nachthaber in der Lage gewesen, ihren Völkern noch einen jahrelangen Krieg zuzumuten.

Am 11. November aber war eine andere Situation denkbar. Die Wilson-Bedingungen wären angenommen; die Räumung Belgiens und Nordfrankreichs zugelassen, ja, die Räumung Elsaß-Lothringens — gegen die Forderung aber, uns zu entlassen, stünde das Reich einer zum äußersten entschlossenen Nation.

Dann ist es meine Überzeugung, daß sich unser Wille zum Bergeweißtungskampfe nur wenige Wochen hätte zu bewähren brauchen, um den Feinden das Ziel unserer Bernalchtung zu verfehlen. Aus ihren Völkern wäre ein übermächtiger Schrei aufgestiegen.

Wir müssen noch Hunderttausende opfern, bis wir über den Rhein sind. Der Preis ist zu hoch, nur ein Hochsicherheitsstandsbefehlungen zu erzwingen. — Von ihren Heimatfronten wäre die Stimmung auf die alliierten Heere übergesprungen, die mit der schlimmsten Jahreszeit und ungeheuren Transportschwierigkeiten zu kämpfen gehabt hätten. Und schließlich wäre der notwendige Offensivwille erloschen.

Neue Verhandlungen wären dann wohl eingeleitet worden. Die Waffenstillstandsbedingungen, die wir dann hätten annehmen müssen, wären sehr hart gewesen; aber sie hätten, das ist mein Glaube, Deutschland dem Versailles Diktat nicht wehrlos ausgeliefert.

Eine Erklärung Friedrich Dayers.

Sachverständiger Dr. Ludwig Herz verlas einen Brief, den ihm der frühere Bizekanzler Friedrich Dayer in Erwiderung auf eine Anfrage hatte zugehen lassen.

Auf die Anfrage, ob eine Absicht der Marineleitung, im Herbst 1918 die Engländer zu einer großen Seeschlacht herauszufordern, mit dem Kriegskabinett beraten worden sei, ja, ob dem Kriegskabinett überhaupt eine Mitteilung von einer solchen Absicht gemacht worden sei, beehrte ich mich zu antworten, daß mir von einer Absicht, die Engländer um jene Zeit zu einer großen Seeschlacht herauszufordern, überhaupt erst durch die Verhandlungen im Münchener Dolchstoß-Prozess etwas bekannt geworden ist.

Dem Kriegskabinett ist von einer solchen Absicht niemals Mitteilung gemacht worden.

Auch in der längeren Besprechung, die ich als Stellvertreter des erkrankten Reichskanzlers am 25. Oktober 1918 mit der Obersten Heeresleitung, mit Admiral Scheer und dem Kriegskabinettsminister Scheuch hatte, wor von einer solchen Absicht mit keinem Wort die Rede. Es hätte übrigens ja auch nur erst über einen solchen Plan gesprochen werden können. Denn solange die anfangs Oktober auf Verlangen der Obersten Heeresleitung eingeleiteten Waffenstillstandsverhandlungen mit den alliierten nicht von einer der beiden Seiten durch Kündigung des Waffenstillstands abgebrochen wurden, war selbstverständlich auch die Marineleitung daran gebunden, auch wenn das Kriegskabinett eine ihr nicht genehme Entscheidung über die Fortsetzung des unbeschränkten U-Boot-Krieges getroffen hätte. Ein Abbrechen der nun einmal ausgenommenen Waffenstillstandsverhandlungen hätte ich aber wenigstens für die Lage am 25. Oktober bei dieser Besprechung für meine Person abgelehnt und auch ein solches durch das Kriegskabinett nicht in Aussicht stellen können. Das Kabinett hat sich am 25. Oktober vormittags ausdrücklich und einmütig zu derselben Auffassung bekannt. (Meine Erinnerungen „v. Bethmann Hollweg bis Ebert“ Seite 141 bis 145). Der Waffenstillstand wurde ja auch bekanntlich von keiner Seite gekündigt, so daß die ganze Frage nie unmittelbar praktische Bedeutung gewann.

Ob dem damaligen Reichskanzler, dem Prinzen Max von Baden, der in jenen Tagen krank war, niemals von einer solchen Absicht der Marineleitung etwas mitgeteilt wurde, entzieht sich meiner Kenntnis. Mir ist auch nichts bekannt.

Korreferat Bergsträßer.

Auf der Tagesordnung stand die Entgegennahme eines Korreferates des Abg. Bergsträßer zu dem früher erstatteten Referat des Abg. Rosenfeld über das Problem und die Verhandlungsweise der Dolchstoßfrage. Der Korreferent betonte in Übereinstimmung mit dem Referenten die Wichtigkeit, die U.S.P. von den linksradikalen Gruppen zu unterscheiden und ging dann hauptsächlich auf die psychologischen Voraussetzungen des allmählichen Schwindens des Vertrauens auf ein gutes Kriegsende sowohl in der Heimat wie im Heer ein. Er arbeitete den Gedanken heraus, daß das entscheidende Erlebnis aller Menschen im Kriege das von der Ungerechtigkeit der Welt gewesen sei. Obwohl diese Ungerechtigkeit auch im Frieden bestände, werde sie im Kriege weit schärfer empfunden und begünstige schließlich eine Art von historischer Stimmung. Bemerkenswert war die scharfe Abrechnung, die der Redner mit den Ausführungen des Majors Röder im Münchener Dolchstoß-Prozess hielt. Die Beratungen werden am nächsten Donnerstag fortgesetzt.

Revision im Perlacher Prozeß.

München, 28. Januar. (WIB.) Im Perlacher Prozeß, bei dem Leutnant Pölsing und Vikar Schmeißer Prüfer wegen Erschlezung von 12 Perlacher Arbeitern angeklagt und freigesprochen waren, hat der Staatsanwalt gegen das freisprechende Urteil Revision eingelegt.

Im süddeutschen Kommunistenprozeß wurde nach dreitägiger Verhandlung folgendes Urteil gefällt: Die Angeklagten werden wegen Vorbereitung zum Hochverrat, Vergehen nach § 7 des Sprengstoffgesetzes und § 7 des Republikausgesetzgesetzes und unbedingten Haftstrafen verurteilt, und zwar: Ad. Haase und Bronen zu je 8 Jahren Gefängnis und 300 M. Geldstrafe. Langer und Gobelet zu je 3 Jahren 8 Monaten Gefängnis und je 200 M. Geldstrafe und Poppert zu 1 Jahr 2 Monaten Gefängnis und 200 M. Geldstrafe. Wegen Kläber und Schäfer wird das Verfahren auf Grund des Amnestiegesetzes eingestellt.

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Im badischen Landtag haben Sozialdemokraten und Zentrum einen Antrag eingebracht zur Bekämpfung der infolge der großen Arbeitslosigkeit in Baden entstandenen schlimmen Notlage solle die badische Regierung sofort Mittel in Höhe bis zu drei Millionen Mark bereitstellen.

Drückensbüßen im Reichstag. Der Anklamungsauflaß des Reichstags hat heute beschlossen, durch Aufstellung von Schablonen in den Rischen der Kuppelhalle die Aufstellung von Büßen der Reichspräsidenten praktisch auszuprobieren.

Was tut Berlin für die Erwerbslosen?

Und was tragen der Staat und das Reich zur Arbeitsbeschaffung bei?

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hatte gestern nochmals eine Arbeitslosendebatte, die infolge eines Dringlichkeitsantrages der Kommunisten noch vor Eintritt in die Tagesordnung anhub. Da die Rechte die Dringlichkeit bestritt, so forderten die Kommunisten, unterstützt von den Sozialdemokraten, vom Magistrat eine sofortige Aeußerung darüber, was zur Arbeitsbeschaffung bisher geschehen ist. Oberbürgermeister Böß gab eine Antwort, von der er sich eine Beschwichtigung versprach, aber die Kommunisten waren hiermit nicht zufrieden. Auch die sozialdemokratische Fraktion erklärte durch ihren Redner, Genossen Krause, der Magistrat habe schärfer darauf zu dringen, daß Staat und Reich die von ihnen geplanten Arbeiten baldigst und in vollem Umfang ausführen. Genosse Krause richtete an den Magistrat die dringende Mahnung, daß er den Staats- und Reichsbehörden kräftig die Meinung der Berliner sagen möge. Ueber den Dringlichkeitsantrag konnte, weil die Rechte bei ihrem Widerspruch blieb, noch nicht verhandelt werden.

In der gestern abgehaltenen Sitzung der Stadtverordneten wurde die Vorlage des Magistrats ohne Diskussion angenommen, nach der der

Bau der Strecke Hermannplatz—Köpenicker Straße der UEG-Schnellbahn

sofort in Angriff genommen werden soll. In einem Dringlichkeitsantrag forderten die Kommunisten sofortige Auskunft vom Magistrat über seine von ihm unternommenen Schritte zur Wüderung der Erwerbslosigkeit. Der Dringlichkeit wurde nicht widersprochen, so daß Oberbürgermeister Böß sofort das Wort nehmen konnte. Er betonte, daß der Magistrat alles ausgeboten habe, um zu helfen, wo er kann. Der Beginn der Arbeiten an der Schnellbahn, die Vorbereitungen für die Zerschüttung des Luisenstädtischen Kanals und diese selbst stehen unmittelbar bevor. Wenn auch die Frage der Finanzierung noch schwebt, so muß doch sofort mit den Arbeiten begonnen werden. Der Magistrat steht ferner in Verhandlungen mit der Staatsregierung wegen des Ankaufs der Rehberge bei Plohnsee, die abgetragen werden sollen. Sobald etwas Positives feststeht, wird der Stadtverordnetenversammlung eine diesbezügliche Vorlage zugehen. Der Magistrat weiß selbstverständlich auch, daß all diese Arbeiten die Erwerbslosigkeit nicht restlos beseitigen können. Im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel gelte das Menschenmögliche. Roth (KPD.) ging in ungläubiger aggressiver Weise gegen den Oberbürgermeister vor. Er gab sich mit der erteilten Auskunft nicht zufrieden und meinte, der Oberbürgermeister solle sich schämen, mit einem so kläglichen Programm vor die Versammlung zu treten. Der Redner sprach von einer Sabotage des Magistrats, wofür er vom Vorsteher zur Ordnung gerufen wurde. Der Oberbürgermeister entgegnete in scharfer, sachlicher Weise. Er betonte, daß das Vorgehen des Stadtverordneten Roth keineswegs geeignet sei, den Erwerbslosen zu helfen. Im übrigen kann natürlich die Stadt Berlin allein die Not der Erwerbslosen nicht beheben. Während der Entgegnung des Oberbürgermeisters tat sich Stadtverordneter Holzfäller in Jurufen ganz besonders hervor, er stürzte die Verhandlungen empfindlich. Genosse Ulrich rief ihm zu: „Sei still, Streikbrecher! Gegen diesen Jurus wehrte sich bemerkenswerterweise Holzfäller nicht. — Für unsere Fraktion sprach Genosse Krause: Wir können uns in die Lage des Magistrats versetzen, soweit die Beschaffung der notwendigen Mittel in Frage kommt. Wir glauben aber, daß der Magistrat bei den zuständigen Reichs- und Staatsbehörden auf mehr Betriebbarkeit hätte drängen können. Der Magistrat könnte darüber hinaus seinen Einfluß geltend machen, daß

Erwerbslosigkeit aller Bauhandwerker, Ueberstunden gemacht werden. Im Zusammenwirken aller Stellen kann viel Arbeit geschaffen werden, so daß den Erwerbslosen endlich gezeigt wird, daß etwas in ihrem Interesse geschieht. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Merlen (Dem.) hält den Kommunisten vor, daß gerade sie feinerzeit gegen den Bau des Großkraftwerkes Rummelsburg gestimmt hätten. Wenn es also nach dem Willen der KPD. gegangen wäre, so hätten die Arbeiter selbst bei diesem Bau keine Arbeit gefunden. Der Redner nahm den Magistrat gegen die Angriffe des Kommunisten Roth in Schutz. —

Runmehr konnte sich die Versammlung der eigentlichen Tagesordnung zuwenden. Genossin Dr. Frankenthal begründete namens unserer Fraktion eine Anfrage, nach der an Fortbildungsschulen für Schulverräumnisse Straffstunden an Sonntagen verhängt werden. In diesen Straffstunden sind SchülerInnen von der Polizei vorgeführt worden. Vom Magistrat erklärte Stadtrat Benedek, daß er keine Auskunft geben könne; er wolle aber trotzdem eine Auskunft erteilen. Die Antwort war aber so dürftig, daß beschlossen wurde, die Besprechung zu verlagern, bis Stadtrat Benedek in der Lage ist, eine erschöpfende Auskunft zu geben. — Ueber einen Antrag der Kommunisten, den städtischen Arbeitern und Tarifangestellten eine Teuerungszulage zu geben, berichtete als Ausschussmitglied Genosse Heilmann. Wir haben den Ausschlußbeschluss bereits im „Vorwärts“ mitgeteilt. Ohne Debatte stimmte die Versammlung zu. Annahme fand bei der Gelegenheit eine Entschließung des Ausschusses, die eine Abschaffung der Zeithilfen fordert und die Einstellung von Hilfskräften nur nach den tariflichen Bestimmungen vorgenommen wissen will. — Das Philharmonische und das Sinfonieorchester waren bei der Stadt vorstellig geworden, ihnen eine weitere Unterstützung zukommen zu lassen. Beide Orchester haben bereits für 1925 je 60 000 Mark erhalten. Die außerordentlich schwierige Zeit hat auch beide Orchester in eine große Notlage gebracht. Die Kunstdeputation hat beschlossen, nur dem Philharmonischen Orchester eine nochmalige Unterstützung von 40 000 M. zu gewähren, weil es untragbar sei, zwei Orchester neben der städtischen Oper zu unterstützen. Nach längerer Debatte, in der der Antrag gestellt wurde, beiden Orchestern eine Zuwendung zu machen, wurde die Angelegenheit zur nochmaligen Verhandlung an die Kunstdeputation zurückverwiesen. — Stadtverordneter Hesse (KPD.) begründete einen bereits im November v. J. eingebrachten Antrag, nach dem dem Fahrpersonal der Straßenbahnbetriebsgesellschaft eine Lohnzulage von 10 Pfennig und der ungeteilte Achtstundentag zu gewähren sei. Genosse Klose vertrat den Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion.

Die Lohnverhandlungen seien feinerzeit von der Direktion der Straßenbahn maßlos verschleppt

worden. Die Rechte der Belegschaft und ihrer gesetzmäßigen Vertretung, des Betriebsrates, sind abgelehnt worden, so daß ein Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse kaum noch möglich ist. Eine Durchführung des ungeteilten Achtstundentages dürfte mit den Bedürfnissen des fahrenden Publikums schwer in Einklang zu bringen sein. Eine andere Frage ist es allerdings, ob bei der Aufstellung der Dienstpläne nicht die Forderungen des Personals mehr als bisher berücksichtigt werden können. Der geteilte Dienst, wie er jetzt vorherrscht, ist eine Quälerei für das Personal. Der tägliche Dienst bei der Straßenbahn ist bedeutend länger, als die Direktion angibt. Dienstzeiten von 10 bis 11 Stunden sind keine Seltenheit, sondern fast die Regel. Daraus erklärt sich auch die Unfreundlichkeit des Fahrpersonals. Genosse Klose betont, daß die sozialdemokratische Fraktion den Achtstundentag als eine ihrer Grundforderungen stets hochhält. Am Schluß seiner Ausführungen begründet Klose einen Zusatzantrag unserer Fraktion, der folgenden Wortlaut hat:

„Bei Aufstellung der Dienstpläne, sowie bei Änderungen derselben sind die Betriebsräte zur verantwortlichen Mitwirkung heranzuziehen.“

Stadtrat Genosse Schünning betont die Bereitwilligkeit des Magistrats, auch in Zukunft den Lohn und die Arbeitszeit bei der Straßenbahn durch Tarifverträge regeln zu lassen. Gegen-

über der Einführung des ungeteilten Achtstundentages machte der Redner starke Bedenken geltend. Der Verkehr der Straßenbahn ist ein Spitzenverkehr, der seinen Höhepunkt morgens und abends habe. Etwa von 10 Uhr ab werden bis zu 42 Proz. der Wagen aus dem Verkehr gezogen, wodurch der geteilte Dienst erforderlich wird. Die Leistungen der Straßenbahn dem Publikum gegenüber sind bedeutend besser, als vor dem Kriege. Die Fahrpreise seien beispielsweise billiger als früher, besonders hinsichtlich der Umsteigeberechtigung und der Abonnements. Daneben sind viele Linien Zusatzlinien, die aber im Interesse des Verkehrs aufrecht erhalten werden müssen. Der Stadtrat betont mit erhobener Stimme, daß Berlins Straßenbahn sich sehen lassen könne, und daß wir im Hinblick auf andere Städte durchaus konkurrenzfähig sind. — Nach längerer Fortführung der Debatte wird zunächst der Zusatzantrag unserer Fraktion angenommen. Zustimmung finden ferner mit den Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten die Forderungen nach Erhöhung des Lohnes und des ungeteilten Achtstundentages. — Nach Erledigung einer ganzen Anzahl weiterer Vorlagen und Anträge tritt die Versammlung in eine geheime Sitzung ein.

Hallo Amerika!

Um jene graue Morgenstunde herum, die nicht mehr Nacht ist und noch nicht Tag, so um vier, um fünf, wenn die letzten Bummelr heimkehren und die ersten Fleißigen zur Arbeit ziehen, um mit dem mühselig verdienten Groschen abends das Brot kaufen zu können, das jetzt schon warm aus dem Backofen geholt wird, um diese Zeit, die sich die meisten wohlwollend schlafend oder sorglos sinnend im Bette drehen und wälzen — da fängt seit ein paar Tagen im Radiohaus in der Potsdamer Straße der Betrieb schon an. Der Vortier schimpft, man kann es ihm nicht verdenken, der Fahrstuhlführer flucht, und die antrötenden Künstler lächeln auch nur süßauer, falls das reichlich zettelfüllende Gähnen diesen Luxus gestattet. Aber was ist das auch, morgens um fünf mit vollem Orchester, großen Sängern, berühmten Sängern, mit Haydn, Mozart, Beethoven, mit Wagner, Kreisler und Johann Strauß zu kommen — klingelngloria, nicht wahr, wir sind alle für die Musik, zum allergrößten Teil für das Radio, aber morgens um fünf?

Aber so komisch ist das nun in der Welt: während wir noch schlafen, rückt Mr. Smith in New York zwei Klubsessel zusammen, legt sich bequem auf den einen, legt noch bequemer die Füße auf den anderen, schmeckt die letzten Bissen seines Dinners nach, sucht in der Zeitung, wer sich hat scheiden lassen und wer sich verlobt hat, hört dabei im Lautsprecher Berliner Radiomusik: Treu—lich—geführt—zie—het—dahin...

In ein paar Wochen oder Monaten werden wir wohl auch mit den kleinsten Detektorapparaten über Königsmusterherbau New York hören können. Dann haben die amerikanischen Radiomacher das Vergnügen unserer Abendunterhaltung wegen in aller Herrgottsfrühe aufzustehen. „Uns kann teener“, sagt der New Yorker Oberredakteur Brown und schickt auch Orchesterklang und menschlichen Gesang über den großen Leich, der nun schon zur belanglosen Pflanze wurde. Und es bestärkt uns in der Hoffnung, daß nicht nur äußerlich, sondern auch innerlich der Abstand zwischen den Völkern allmählich geringer werde.

Und wieder... Amtsbürogehen!

Wegen schwerer Urkundenfälschung mußte sich diesmal der Kreisbuchhalter Georg A. vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte verantworten. Seine Betrügereien zeugten von ganz besonders gemeiner Gesinnung, da die verurteilten Witwen und Waisen bestimmt waren. Trohdem A. schon einmal, und zwar als Kriminalbeamter, wegen Unregelmäßigkeiten aus dem Dienste scheiden mußte, gelang es ihm durch Bewährungsfrist, um die Verbüßung seiner ersten Strafe zu kommen. Die Vermittlungen eines Regierungsrats verschafften ihm die Stelle eines Buchhalters in einer Kreisliste. Er lohnte mit schlechtem Danke. Wo Rentnerinnen, Witwen und Waisen ihre arbeitsamen Groschen zu erheben hatten, setzte der gewissenlose Buchhalter bald wieder mit Fälschungen und Betrügereien ein. Durch seine Schuld wurden diese Konten um 7 000 Mark überzogen, bis schließlich der Staat als der endgültig Geschädigte eingreifen mußte. Der Staatsanwalt wollte eigentlich in Anbetracht der fortwährenden Zunahme dieser

Reichsbahn, Post und andere Reichsbetriebe ihre notwendigen Arbeiten sofort in Angriff nehmen lassen. Es darf auch nicht vorkommen, daß beispielsweise beim Bau des o-kraftwerkes Rummelsburg noch heute, trotz tieferer

78]

Die Passion.

Roman von Clara Viebig.

Und so war es weiter und weiter gegangen. Wenn Eva sich all der Nähe erinnern wollte, an denen sie gewesen war, mußte sie ihre zehn Finger zu Hilfe nehmen, an denen zählen; aber sie reichten nicht. Und dieses Zählen hatte etwas noch mehr Berwirrendes. Diese letzten neun Monate mit ihrem ewigen Wechsel, mit ihrem steten Hin und Her, mit ihren Aufregungen — wenn Eva selber sich auch gar nicht mehr aufregte, die anderen regten sich desto mehr auf — hatten ihren Kopf schwach gemacht.

Als sie heute sich auf der Straße befand, ohne Stellung, ohne zu wissen, wo sie diese Nacht schlafen würde, dachte sie nicht viel nach. Geld hatte sie ja noch, es würde schon auf ein paar Tage für Kost und Logis reichen. Oder ob sie wieder zu einer Vermieterin ging, der mehr als die übliche Lage versprach, wenn die ihr für sofort eine Stellung verschaffte? Ach was! Eine gute bekam sie doch nicht; ihr Buch war nicht danach. Auf die Zeugnisse von Peterseims und Herrn Rothe — auch das von der Baronin war noch gut — folgten schlechtere, zuletzt ganz schlechte. „Krankheitshalber“ stand meistens darin, und dann noch etwas von „verstecktem Charakter“, „Unaufrichtig“, „Nicht wahrheitsliebend“ und dergleichen. Das war zum Lachen! Ob andere Leute wohl wahrheitsliebend sein würden, wenn die in ihrer Haut steckten? Eva setzte sich auf eine Bank, die in den Anlagen stand, und lachte. Sie lachte das gleiche Lachen, das sie bei der Baronin gelacht hatte, ein Lachen, von dessen Klang, aus Hobn, aus Schmerz und Verzweiflung gemischt — ein greller Akkord — sie selber nichts wußte. Als Vorübergehende sich nach ihr umhören, stand sie auf und ging weiter.

Sie ging und ging. Straßen, Anlagen, Plätze und wieder Straßen, schöne menschenbelebte Straßen, weniger schöne und zuletzt häßliche.

Hohle Hauswände, die feuchte Schatten warfen, Fassaden, die stellenweise abbröckelten, Dächer, die schwere Lasten drückten; alle hoch wie Berge, düstere Steinberge, an deren Fuß keine Blume wächst. Eva hielt hier an vor einem Haus, vor einem ganz grauen Haus. Sie war sehr müde. Ein paar Stufen führten hinauf zur Eingangstür, auf eine von diesen setzte sie sich.

Ueber der Tür stand eingemeißelt: „Magdalenenstift“ und darunter, ein wenig kleiner: „Mädchenhort“. Ewas matte Augen suchten die Schrift zu lesen, aber sie entzifferten die nicht. Ihre Augen waren zu müde, so müde wie ihr Kopf, wie ihre Füße — alles entsetzlich müde. Es wollte schon Abend werden. Da sagte eine Frau, die vorüberkam und die auf der Treppe Sitzende musterte: „Sie müssen läuten, Fräulein!“

„Was ist das hier für ein Haus?“

„Na, das ist doch das Magdalenenstift — für gefallene Mädchen. Sie sind ganz richtig, Fräulein. Läuten Sie man tüchtig!“

„Ich will ja da nicht hinein“, sagte Eva.

„Ach so! Na, ich meine. So sitzen hier manche.“ Die Frau ging kopfschüttelnd weiter und dachte bei sich: sich einer an, noch den Hochmutsteufel? Die sollte froh sein, wenn sie ihr Bett und ihre Ruhe hätte.

Eva wäre auch froh gewesen — ach, Bett und Ruhe! — aber hier doch nicht, hier nicht, da hätte sie ja auch bei Lenchen bleiben können.

Sie ermannete sich plötzlich, stand auf und ging fort. Wie düster die Straßen wurden und immer düsterer. Es war so ähnlich hier wie in Lenchens Gegend. Sie hatte sich jetzt ganz verirrt. „Wo bin ich hier?“ fragte sie ein altes Weib, das geübter an rissigen Hauswänden entlang schlief.

Die Alte war ganz verwundert, hier einen Menschen zu finden, der sich nicht auskannte; denn wer das nicht tat, der kam nicht hierher. „Sie wollen wohl auch nach's Asyl? Denn komm' Sie man!“ Sie sagte vertraulich Ewas Arm, drückte sich näher an sie, strich sich an ihr herum wie eine schnurrende Katze, ganz dicht. „Wenn die am Einsch dich fragt: „mit oder ohne“, denn sag nur immer dreiste „ohne“. Dir glauben sie noch, du hält's teene. Wir schicken sie gleich unter de Dusche und die Bürste mit grüner Seife.“ Die Alte lachte. „Als ob sie damit die Räuse totrichten!“

Eva machte sich von der Alten frei, stieß sie heftig zurück: „Da will ich nicht hin!“

Die Stimme der Alten schriele tückisch hinter ihr drein. Das Weib war ihr unheimlich, alles hier unheimlich, sie sah nicht mehr, daß es auch Leute hier gab, die von der Arbeit kamen, anständige Menschen, Männer und Frauen, die sich ehrlich ihr Brot verdienten, die nur zu arm waren, um in besserer Gegend zu wohnen. Sie sah nur lauter Gefindel. Wie eine Vision tauchte plötzlich die Gestalt eines Menschen vor ihr auf, den sie nur einmal gesehen hatte in ihrem Leben

— damals, als sie noch ein Kind war — fadensteinig, schnierig der Leberzieher, ausgetretene schlorrende Schuhe — ah, diese Augen, diese Augen, frech, unruhig — „Kommt, da steht die Bank, kommt!“ — Schnee, Schnee überall, hohe große, weiche Massen über ihr, wie in lauter weiche, nachgebende Masse sank ihr Fuß ein; sie hörte keinen Tritt. Und es waren doch viele Füße, die neben ihr, hinter ihr, vor ihr hergingen. Aber für sie war die enge Straße, die jetzt belebt war, nur ein Kirchhof, ganz still, eine weite, unendlich lautlose, unendliche einsame Einsamkeit. Und da — da kam er wieder! Er trat auf sie zu, trat dicht neben sie, griff sie an — o, und kein Polizist in der Nähe! Eva flüchtete entsezt.

Ewas Herz zuckte und ruckte, wollte ihr fast aus dem Munde springen. Sie war lange Trab gerannt. Nun drückte sie die Klinken nieder an der Tür einer kleinen, wenig einladend aussehenden Konditorei. Könnte sie hier vielleicht eine Tasse Kaffee bekommen? Und etwas zu essen dazu? Sie mußte essen, sie fühlte es, sonst gab sie sich nach. So mußte es Verschmachtenden zumute sein, die am Wege liegen bleiben. Aus ihrem Magen stieg eine Leere auf und stieg bis ins Gehirn. Das gab Bilder, allerlei Bilder, die Wirklichkeit dünkten, und von denen sie jetzt zu wissen glaubte, daß doch nichts von ihnen wahr gewesen war. Oder doch? Eva drückte sich die Nägel der einen Hand bis zum Schmerz in die Handfläche der anderen: sich besinnen, zu sich kommen! Sie durfte hier nicht umfallen.

Der Kaffee tat ihr gut, sie fühlte deutlich, wie er wirkte; immer weiter zogen die Bilder zurück und die Gestalt des sie so beängstigenden Mannes; sie wurden blässer, und jetzt verschwanden sie ganz. Als sie noch eine zweite Tasse Kaffee getrunken und einen altbackenen Kuchen gegessen hatte, war sie soweit, daß sie aufstehen konnte. Sie sagte der Verkäuferin, die hinter dem Ladentisch stand und Bonbons luschte: „Bitte, ich möchte zahlen.“ Aber als sie in die Tasche sahte nach ihrem Geld, da war das weg. Sie suchte an sich herum, suchte in ihren Sachen, es war umsonst, sie wußte ja auch ganz genau, daß sie das Portemonnaie in ihrer Jackentasche gehabt hatte. Nun konnte sie nicht bezahlen; sie mußte die feine weiße Stiefelkappe, ein Geldstück der Baronin, aus dem Karton nehmen und dem Fräulein als Ersatz für die Bezahlung bieten. Und das Fräulein war noch so gut und gab ihr zwanzig Pfennig heraus: „Damit Sie doch noch Hause fahren können.“

(Fortsetzung folgt.)

Aus den Bezirken.

3. Bezirk — Wedding.

Auf der Tagesordnung der letzten Bezirksverordnetenversammlung stand die dritte Lesung des Haushaltsplanes. Bei der zweiten Lesung war der Haushaltsplan von den Deutschnationalen und den Kommunisten gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Demokraten abgelehnt worden. Jetzt machte der Vorsitzende der SPD, langatmige Ausführungen über die unerhöhten Forderungen der Kürzungen. Die Form seiner Ausführungen, sprachlich und sachlich, war derart, daß die Versammlung durch förmliche Heiterkeit quittierte. Unser Fraktionsredner, Genosse Blaszgall, sagte den Bürgerlichen, daß ihre Ausführungen Spiegelschere seien. Sie lehnten schließlich den Etat ab, weil ihr Antrag, 15000 M. für den Evangelischen Elternbund (!) zu bewilligen, abgelehnt würde, und zweitens, weil der Name des Kaiser- und Kaiserin-Friedrich-Krankenhauses umgewandelt werden solle. Ihre Ausführungen standen mit der Wahrheit im Widerspruch. Sie hätten der SPD eine Verhinderung angeboten, aber wir lehnten eine Verhinderung ab und suchten statt dessen eine Verhinderung mit der Fraktion, die uns als Arbeitervertreter näherstehe. Genosse Urig entgegnete den Deutschnationalen auf den Vorwurf, daß die SPD in der Stadtverordnetenversammlung für die Hundesteuer gestimmt hätte, und daß dadurch viele Berliner Familien gezwungen wären, ihre Lieblinge zu vergiften. Genosse Urig erklärte, daß die SPD den Ratstand der Erwerbslosen lindern müsse und daß die Deckung für die erforderlichen Ausgaben lade. Darum habe sie für eine Steuer auf Luxusgüter gestimmt. Es sei die Meinung der SPD, wenn eine Frau ein Geschöpf brauche, um ihm ihre Liebe zu erweisen, so solle sie ein armes Kind aus dem Waisenhaus in Pflege nehmen. Nicht zuerst Liebe für die Hunde, sondern für hilflose Menschenkinder. Der Redner der bürgerlichen Vereinigung warf der SPD vor, sie habe „kein Hundeverständnis“, worauf die Versammlung mit schallendem Gelächter antwortete. Der Etat wurde bei der Abstimmung mit den Stimmen der Sozialdemokraten, der Demokraten und der Kommunisten angenommen. Die SPD brachte den Antrag ein, die Straßenbahnen 35 und 99 zu verlängern, die 99 bis zum Nordufer, die 35 bis zur Müllerstraße. Der Antrag wurde ebenso angenommen wie der Antrag, die Zugfolge der Nord-Süd-Bahn so zu steigern, daß ein fünfminütensverkehr und in den verkehrsreichen Tagesstunden ein Zweiminutenverkehr stattfindet.

5. Bezirk — Friedrichshain.

Die jetzt schon zweimal verlagte Bezirksversammlung fand am letzten Mittwoch endlich ihren Abschluß. Zu Beginn gaben die Kommunisten eine langatmige Erklärung ab, in der sie die Verantwortung für die Störungen in der letzten Sitzung den Sozialdemokraten aufzubürden suchten. Die Haushaltsberatung wurde dann schnell erledigt. Sodann ging man zur Beratung einiger Erwerbslosenanträge über. Unsere Fraktion hatte hierzu beantragt, das Bezirksamt möge beim Magistrat vorstellen werden, um folgende Punkte zur Durchführung zu bringen: 1. Sofortige Inangriffnahme der beschlossenen Ratstandsarbeiten und Durchführung der regulären Arbeiten, sowie die Anforderung der erforderlichen Mittel; 2. die schleunigste Vorbereitung weiterer Anträge auf Ratstandsarbeiten; 3. die Bewilligung von Mitteln zur Durchführung einer Beschäftigung erholungsbedürftiger jugendlicher Arbeitslosen. Bei den Reichs- und Staatsbehörden soll sich fernverhin der Magistrat für die schnelle Durchführung folgender Punkte einsetzen: 1. Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung; 2. Zahlung derselben für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit; 3. Einführung der Kurzarbeiterunterstützung; 4. Aufhebung der Bestimmung betr. Bedürftigkeitsprüfungen; 5. Einschreiten gegen die Betriebsstillegungen; 6. Maßnahmen gegen das Ueberstundenwesen; 7. schleunige Verabschiedung des Arbeitslosen-Versicherungsgesetzes. Zur Begründung führte Gen. Siegle u. a. aus, daß der Magistrat in der Durchführung der Ratstandsarbeiten völlig versagt habe. Bei der Verteilung der Mittel des Reichs sind auf Berlin statt 20 nur 2 1/2 Millionen Mark entfallen. Hiergegen muß der Magistrat mobil gemacht werden. Auch ist es Pflicht der Reichs- und Staatsbehörden, selbst Arbeiten herauszugeben, damit der Arbeitslosigkeit gesteuert werde. Der Kommunist Bittorf begründete einige nebenläufige Anträge und wendet sich im Hauptteil seiner Ausführungen wie üblich gegen die sozialdemokratische Fraktion. In der Gesamt-Abstimmung wird der Antrag gegen die Stimmen der Deutschnationalen angenommen. Die Kommunisten enthalten sich der Stimme. Einstimmige Annahme finden einige Anträge zur Behebung der Verkehrsnot im Osten, der besonders vernachlässigt wird. Danach soll die Straßenbahn wieder die Linien 75 und 81, sowie zwei Linien durch den Grünen Weg—Königsener Straße und zum Ballenplatz führen, sowie die Linie 66 bis zum Ferienpielplatz Wartenberg durchfahren. Zwei weitere Anträge betreffen die Durchführung der Heizung in den Straßenbahnwagen und die Verlegung einer Autobuslinie durch die Landsberger Allee. Ein Verkehrsausschuß von neun Mitgliedern wird gleichfalls eingesetzt.

6. Bezirk — Kreuzberg.

In der letzten Bezirksversammlung machten die Deutschnationalen im weiteren Verlaufe der Etatsberatung beim Kapitel Badeanstalt wieder einmal in höchst merkwürdiger Weise Herr Bezirksverordneter und Reichstagsabgeordneter Schulze rügte, daß man regelmäßig an einem Abend der Woche im Stadtbad Kreuzberg einen Verein Männlein und Weiblein nach Baden lasse, natürlich mit Zustimmung des sozialistischen Bezirksamts. Das sei eine Schweinerei, gegen die der Magistrat einschreiten müsse, zumal an der Spitze dieses Vereins ein Neuföllner Stadtrat stehe. Der dem Zentrum angehörige Stadtrat Storz, der nach dem Ableben des Gen. Dr. Kahle vorübergehend dessen Dezernatsgeschäfte übernahm, berichtete dazu, daß die „Deutsche Luftbadgesellschaft“, welche nach dem Muster der nordischen Länder das „Rad-

bad“ betreibt, im Oktober vorigen Jahres beim Bezirksamt durch ihren Geschäftsführer — einen Oberleutnant a. D. — den Antrag auf Ueberlassung der Schwimmhalle im Stadtbad an einem Abend in der Woche gestellt habe. Damals gestattete Dr. Kahle diesem auf hoher sittlicher Stufe stehenden Verein die Benutzung der Halle gegen Uebernahme der Garantie, daß außer den Vereinsmitgliedern niemand Zutritt zu den Bädern habe. Eine vom Stadtrat Storz und Mitgliedern der Gesundheitsdeputation u. a. auch von zwei Frauen vorgenommene Kontrolle überzeugte die Deputation, daß vom ethischen Standpunkte diese Bäderebene ganz einwandfrei seien. Ferner wurde festgestellt, daß der Vorsitzende des Vereins vor dem November 1918 bürgerlicher Stadtvorordneter in Neufölln und jetzt Fraktionist einer großen Versicherungs-Gesellschaft, mit einer Klage gegen die sozialistische Mehrheit im Bezirksamt also nichts zu machen sei. Unsere Genossen Sieker und Mater sowie die Redner der Kommunisten und Demokraten sahen es an Deutlichkeit in der Zurückweisung der deutschnationalen Angriffe mit dem Hinweis auf die Schweinerei, die die Herren Offiziere in der Etappe Gert und anderswo getrieben haben, nicht fehlen. Auch wurde betont, daß unter den deutschen Fürsten bis in die jüngste Zeit „wahre Kupferergötze“ nachzuweisen und daß die Deutschnationalen die Bezirke seien, die über „Rackkultur“ zu Gericht zu sitzen berufen seien. Die Bütanfälle einiger Herren der Rechten — die Volksparteiler machten diesmal nicht mit — bewiesen, daß die Hiebe lagen.

In der weiteren Beratung wurde der Etat mit den Stimmen aller Parteien, auch der Kommunisten, angenommen.

7. Bezirk — Charlottenburg.

Aus der Sitzung vom 20. Januar ist noch folgendes nachzutragen: Es wurden zwei von den Sozialdemokraten gestellte Anträge angenommen. Der erste fordert, daß den bedürftigen Kindern aller Schulen morgens Semmel, Milch oder Kakao verabreicht wird und ihnen Essenmarken zur Einnahme einer Mittagsmahlzeit in der nächstgelegenen Volksspeiseanstalt verabfolgt werden. Alle Kinder, deren Eltern nicht mehr als 3000 M. jährlich verdienen, sollen alle Lebensmittel unentgeltlich erhalten. Ferner wurde beschlossen, in der kalten Jahreszeit nachmittags die Schulräume den Kindern für Spiel und Arbeit zu überlassen. Die Beaufsichtigung soll durch stielloses Lehrpersonal erfolgen. Um die Mittel dafür aufzubringen, wird der entsprechende Ausgabeartikel um 5000 M. erhöht. Beim Kapitel Volksschulen und Vorklassen wurde beschlossen, die Stadtbüchereien im Winter mit Rücksicht auf die Zahl der Arbeitslosen auch Mittwoch- und Sonnabends nachmittags geöffnet zu halten. Außerdem wurde beschlossen, daß in Zukunft unter den in den Befehlen ausliegenden Zeitschriften und Zeitungen auch solche der sozialistischen und kommunistischen Partei und der Gewerkschaftsorganisationen gleichmäßig berücksichtigt werden.

In der Sitzung vom 27. Januar wurde der Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1926 in allen Kapiteln durchberaten und der Gesamtetat gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. Zum Kapitel Unterstützungsstellen hatten die Kommunisten eine Reihe von Anträgen gestellt, zu deren Durchführung rund eine Million Mark erforderlich wäre. Darunter waren: 1. die Beschaffung von Mitteln, aus denen diese Summe entnommen werden sollte, sind nur 28000 M. vorhanden, die Durchführung der kommunistischen Anträge ist also unmöglich. Die sozialdemokratische Fraktion, bemüht, alles zu tun, was möglich ist, beantragte, allen fürsorgeberechtigten Charlottenburgern zu den bereits gelieferten zwei Zentnern Kohlen noch einen Zentner zu gewähren. Den Erwerbslosen soll eine einmalige Mietbeihilfe in Höhe ihrer Wochenunterstützung gegeben werden und jeder fürsorgeberechtigte, Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene und Sozialrentner soll nach Prüfung der Bedürftigkeit durch die zuständige Stelle einen Kubikmeter Brennholz und drei Zentner Kartoffeln erhalten. Leider wurde der Antrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten von den Bürgerlichen abgelehnt. Das Charlottenburger Wohnungsamt hat die Zahl seiner Beamten, welche im Jahre 1923 noch 150 betrug, bis auf 64 im Jahre 1926 abgebaut. Leider nur bei den unteren Beamten. Die Zahl der höheren Beamten ist mit sieben dieselbe geblieben. Das sind wesentlich mehr leitende Beamte, als in anderen Bezirken mit gleicher Einwohnerzahl in ihren Wohnungsräumen beschäftigt. Ein von uns gestellter Antrag, unter Berücksichtigung des Sparprinzips die Zahl der oberen Beamten von 7 auf 4 herabzusetzen, wurde abgelehnt. — Die Neubildung und Befestigung der Bezirksdeputationen mußte leider zurückgestellt werden. — Für die Herstellung einer Freibadeanstalt auf dem Gelände der städtischen Wasserwerke an der Spandauer Chaussee werden 60000 M. bewilligt. Sämtliche mit der Ausführung verbundene Erdarbeiten sollen von Erwerbslosen ausgeführt werden. — In einer Anfrage wurde das Bezirksamt ersucht, zu verhindern, daß die Arbeitslosen, welche sich vor dem Arbeitsnachweis in der Berliner Straße aufhalten müssen, durch die Polizei vertrieben, oder — wie es in einzelnen Fällen geschehen ist — verhaftet werden. Stadtrat Karrer teilt mit, daß durch die starke Vermehrung der Zahl der Arbeitslosen in den letzten Wochen die in der Berliner Straße zur Verfügung stehenden Räume nicht mehr ausreichen. Es wird aber in den nächsten Tagen soviel Raum beschafft werden, wie zur bequemen Unterbringung der Arbeitslosen erforderlich ist.

8. Bezirk — Spandau.

Bei der Etatsberatung in der letzten Bezirksversammlung kam es zu erregten Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern der SPD. und SPD., zum alleseitigen Ergötzen der bürgerlichen Parteien. Der Bezirksverordneter Sellheim (SPD.) hatte vor Eintritt in die Tagesordnung Generalsekretäre über den Etat beantragt. Seine Ausführungen beschränkten sich dann aber doch nur auf Bemerkungen zu einzelnen Etatstellen, die ebenfalls bei den einzelnen Punkten hätten gemacht werden können. Es handelte sich dabei um den Schuletat und den Etat über Wohlfahrts- und Jugendpflege. Bei diesem Titel stellten die Kommunisten den Antrag, die Mittel für

Schulinderweisung von 38 400 M. auf 80 000 M. zu erhöhen, den proletarischen Organisationen, wie Arbeiterpartei, Arbeiter-Somartier, Arbeiter-Gesundheitsdienst und Freie Turnerschaft, je 500 M. zu gewähren. Da dieser Antrag erst bei dem Titel Vereine gestellt werden konnte, stimmten unsere Genossen diesem Antrage an dieser Stelle nicht zu. Dafür beantragten wir bei dem Titel Jugendpflege die Erhöhung der Mittel für Jugendwanderungen von 1440 M. auf 5000 M., was auch alleseitige Annahme fand. Bei dem Titel Unterstützungsstellen stellten die Kommunisten gleichfalls sehr weitgehende Anträge über Erhöhung der Mittel einzelner Positionen, wie Unterstützung der Sozialrentner um 50 Proz., der Erstattung der Begräbniskosten um 100 Proz., und Wiedereinführung der Volksspeisung für Kinderdormite mit 11 500 M. Die Anträge waren technisch so wenig vorbereitet, daß wir empfahlen, sich dem Antrag der Rechten auf Ueberweisung der Anträge an den Ausschuß anzuschließen. Darüber entwickelte sich eine Redebeschäftigung zwischen den Vertretern der SPD. und unserer Genossen, ebgleich von uns erklärt worden war, den Anträgen im Ausschuß zuzustimmen. In der Beratung der Anträge im Ausschuß lag natürlich den Kommunisten nichts. Sie legten vielmehr Wert darauf, wie Sellheim das auch offen zugab, daß ihre Anträge in der Öffentlichkeit verhandelt wurden, um sich den Anschein zu geben, daß sie die „einzige Arbeiterpartei“ (!) seien, die für das Wohl der Proletarier eintrete. Diese demagogische Handlungsweise der Kommunisten veranlaßte den Vorsitzenden der Versammlung, den Genossen Müller, das Wort als Bezirksverordneter zu nehmen und das Verhalten der Kommunisten in gehöriger Weise zu kennzeichnen. Bei der darauf folgenden Abstimmung stimmten die Genossen für die Anträge der Kommunisten, um die Etatsverhandlungen nicht in die Länge zu ziehen. Bei dem Titel Wohnungsamt verwarf der Bezirksverordneter Degenhardt (Fr. B.) einen Abbau des Wohnungsamtes und des Mieterbüros herbeizuführen, er mußte sich nur seinen eigenen Parteifreunden lassen, daß an einen Abbau des Wohnungsamtes und des Mieterbüros gleiches nicht zu denken sei. Ein Dringlichkeitsantrag der Kommunisten betr. Ueberweisung von Milch an erwerbslose Familien wurde einem gemischten Ausschuß übergeben.

10. Bezirk — Zehlendorf.

Die Bezirksversammlung Zehlendorf legt sich aus 18 Mitgliedern zusammen: 4 Sozialdemokraten, 2 Demokraten, 4 Deutsche Volkspartei und 8 Deutschnationale. Es verfügt keine Partei allein über eine Mehrheit. Infolgedessen hatten sich nach den Wahlen die Deutschnationalen an die Volkspartei gewandt, um die beiden anderen Parteien vollkommen auszuschalten. Die Demokraten hatten inzwischen erklärt, daß sie im ersten Einvernehmen mit den Sozialdemokraten arbeiten würden. Diese Erklärung machte der Deutschnationalen Volkspartei einen Strich durch ihre Rechnung. Die Hauptrolle in den Verhandlungen zwischen den Rechtsparteien beanspruchten die Wahlen der drei unbesoldeten Stadträte. Die Deutschnationalen beanspruchten die ersten beiden, den letzten wollten sie der Volkspartei überlassen. Die Demokraten durchkreuzten diese Pläne, indem sie sich für den Kandidaten der Sozialdemokraten einsetzten. Die Deutschnationalen blieben an ihren beiden ersten Kandidaten fest. Dadurch ging der Rechtsblock in Zehlendorf in die Brüche. Die Demokraten leiteten Verhandlungen an zwischen Sozialdemokraten und Volkspartei, die zu guten Ergebnissen führten, so daß im Vorstand der Bezirksversammlung kein Deutschnationaler ist, trotzdem sie die stärkste Partei sind. Volkspartei hat den 1. Vorsitzenden, Demokraten den 2. Vorsitzenden, 1. Schriftführer Genosse Fische (SPD.), 2. Schriftführer Volkspartei. Auch in den Ausschüssen arbeiten die drei Parteien zusammen, so daß in keinem Ausschuß ein Deutschnationaler zum Vorsitzenden gewählt wurde.

In der Bezirksversammlung, die am 20. Januar stattfand, standen auf der Tagesordnung eine Anfrage und zwei Anträge unserer Partei, die Genosse Holz begründete. Ferner eine Vorlage des Bezirksamts über den Bau größerer Siedelungen des Reichs auf einem Gelände, das als Freifläche von demselben Bezirksamt vor nicht allzulanger Zeit ausgewiesen wurde, tragend noch genügend Bauland in anderen Teilen des Bezirkes vorhanden ist. Sämtliche Fraktionen wandten sich gegen diese Vorlage an sich, sowie dagegen, daß sie der Bezirksversammlung nur „zur Kenntnis“ vorgelegt werden sollte. Bei einer anderen Gelegenheit wird näher auf dieses recht sonderbare Verhalten des Bürgermeisters eingegangen werden. Unser Genosse Holz wurde zum unbesoldeten Stadtrat neben einem Volksparteiler und Deutschnationalen gewählt. Dem Schulausschuß gehört Regierungsrat Genosse Donau, der Schuldeputation die Genossen Fische und Müller an. Ferner stand der Haushaltsplan 1926 zur Beratung.

12. Bezirk — Steglitz.

Die erste Bezirksversammlung des Jahres brachte insofern eine Sensation, als der langjährige Vorsitzende Schwarz nicht wieder gewählt wurde, sondern, da unsere und die SPD-Stimmen ausfielen, in die Stichwahl mit dem Deutschnationalen Runge kam. Bestenfalls wurde durch das Los gewählt. Es war unseren Genossen nicht möglich, den einen oder den anderen der bürgerlichen Kandidaten zu unterstützen. Unser Kandidat, Genosse Klose, erhielt nur unsere 10 Stimmen. Stellvertreter wurde Genosse Heintz. Unbesoldete Stadträte wurden außer vier bürgerlichen die Genossen Leimbach und Hermes. Der Tagesordnungspunkt befaßte sich allein mit Erwerbslosenfragen. Unsere Anträge wurden sämtlich angenommen, der letzte, der Gesetzesänderungen wünschig, nur zur Hälfte. Ein weiterer Antrag bemängelte die Strafreinigung, die so nicht nur in unserem Bezirk zu wünschen übrig läßt. Das Bezirksamt wandte ein, daß die Mittel von der Zentralverwaltung zu gering bemessen würden, so daß z. B. diejenigen für die Schneefehligung schon wieder aufgebracht seien. Ein Antrag, den Erwerbslosen für ihre Versammlungen geeignete Räume auf Bezirkskosten zur Verfügung zu stellen, wurde angenommen; doch dürfte kaum damit zu rechnen sein, daß das Bezirksamt hier zustimmt, da es eine zentrale Regelung dieser Angelegenheit wünscht. Dann wurde beschlossen, den Rathausplatz

Fritzi Massary die gehaltvolle **3** Zigarette vergiftet man nicht so leicht

Die Entscheidung im Reichstag.

Ausschluß des Abg. Henning — Breitscheid gegen die deutschnationalen Gendler — Stresemann berichtigt Westarp.

Im Reichstag wurde sich gestern vor Eintritt in die Tagesordnung Abg. v. Guérard (Z.) gegen den Versuch des Grafen Westarp in dessen getrigger Rede, seine Stellungnahme zu den Fragen des besetzten Gebietes für die deutschnationalen Politik fruchtbar zu machen. Der Redner sprach im vollen Einvernehmen mit seinen politischen Freunden, wenn er sage, daß die politische Haltung der deutschnationalen Partei die Interessen der Bevölkerung der besetzten Gebiete aufs schwerste gefährde.

Gegen einen kommunistischen Antrag, die polizeilichen Uebergriffe in Bayern auf die Tagesordnung zu setzen, wird von rechts Einspruch erhoben.

Abgelehnt wird der Antrag der Böttischen, ihren Antrag auf vorläufige Einstellung der Dames-Zahlungen heute mit zu verhandeln.

Die Besprechung der Regierungserklärung

wird fortgesetzt.

Abg. Henning (Bölk.) erklärt, daß die Böttischen kein Vertrauen zu einem Kabinett hätten, in dem die Demokraten einen so großen Einfluß ausübten. Die Regierungsbildung sei erst in Fluss gekommen, nachdem eine Freimaurerversammlung in Harburg die Parole dazu ausgegeben habe. Im Falle einer Entziehung der Fürsienhäuser mühten auch sämtliche Ostjuden enteignet und alle Inflation- und Deflationsergebnisse eingezogen werden. Der Redner schließt: Die Regierung habe ihre absolute Unfähigkeit bewiesen mit ihrer Wirtschaftspolitik, die zu einer immer weiteren Steigerung der Arbeitslosigkeit geführt habe. Diese Regierung der Erfüllungspolitik müsse gestürzt werden, sie sei eine Regierung der Henkerstühle am eigenen Volke.

Bei diesen letzten Worten springt Reichskanzler Dr. Luther erregt auf, tritt auf Abg. Henning, der die Rednertribüne verläßt, zu und ruft: „Ich verbitte mir derartige Bemerkungen ganz energisch!“

Es entsteht ein ungeheurer Lärm im ganzen Hause, in dem die einzelnen Worte nicht mehr verstanden werden. Henning scheint sagen zu wollen, daß er den Reichskanzler persönlich nicht habe beleidigen wollen. Minutenlang wird gerufen: „Raus mit ihm! Raus!“

Vizepräsident Dr. Bell kann sich erst nach einiger Zeit Ruhe schaffen. Er erklärt: Der Abgeordnete Henning hat mit seinem letzten Worten einen so schweren Verstoß gegen die Ordnung des Hauses begangen, daß ich mich gezwungen sehe, ihn von der Sitzung auszuschließen. Ich ersuche den Abg. Henning, den Saal zu verlassen.

Die Erklärung des Präsidenten wird von der übergroßen Mehrheit des Hauses mit lautem Beifall aufgenommen. Abg. Henning verläßt den Saal von Zurufen der Linken begleitet.

Abg. v. Lindener-Wildau (Dnat.) mißbilligt das Auftreten Hennings auf das entschiedenste. (Beif. Beifall bei der Mehrheit. Die Böttischen rufen: Acht deutschnational!)

Der Redner bezeichnet dann die jetzige politische Krise als eine Krise des parlamentarischen Regierungssystems überhaupt.

Die Deutschnationalen können sich nicht auf Stimmenthaltung beschränken, denn sie wollten nicht mitschuldig werden an der Vertiefung des Zusammenbruchs eines Regierungssystems, das in der Praxis und im Bewußtsein unseres Volkes längst innerlich überwunden sei. Sie hätten zu der heutigen deutschen Außenpolitik nicht das Vertrauen, daß sie dem ganzen Ernst der internationalen Lage gerecht werde. Wir denken noch an die peinliche Ueberrollung, die uns das Regierungsmemorandum brachte, mit der der Locarno-Pakt eingeleitet wurde. Auch wir sind der Meinung, daß wir eine erfolgreiche Außenpolitik nur treiben können auf dem Wege einer Verständigung mit unseren früheren Feinden (hört, hört! in der Mitte), aber wir wollen nicht allein die Gebenden sein. Nach den Enttäuschungen mit den Rückwirkungen aus dem Locarno-Vertrag dürfen wir nicht wieder unseren letzten Trumpf ohne sichtbare Gegenleistungen aus der Hand geben, den wir mit dem Eintritt in den Völkerbund haben. Darum legen wir so großen Wert auf unseren Antrag, der diesen Schritt von dem Vorliegen ganz bestimmter Voraussetzungen abhängig machen will. Wir veranschaulichen uns nicht den großen idealen Gedanken einer überstaatlichen Organisation, die geeignet ist, die Welt nach Möglichkeit von der juchhabenden Geißel gewaltsamer Lösungen internationaler Konflikte zu befreien, aber wir müssen erst prüfen, ob dieser Völkerbund nach seiner Entstehungsgeschichte und seinen bisherigen Taten geeignet ist, dieser Friedensbringer zu sein. Bisher haben wir nur, daß angesichts des bevorstehenden Eintritts Deutschlands in den Völkerbund immer neue Barricaden errichtet werden, um Deutschlands Einfluß zu verringern, vor allem in der Frage des Schutzes der nationalen Minderheiten. Deutschland muß vor dem Eintritt in den Völkerbund die Rückgabe seiner Kolonien verlangen. (Beifall rechts.) Es muß sein Selbstbestimmungsrecht haben, nicht nur hinsichtlich der Vereinigung mit den deutschen Volksgenossen in Oesterreich, sondern auch mit den vielen anderen Ländern zugesprochenen Deutschen. (Beifall rechts.) Deutschlands Beitritt zum Völkerbund würde die Erreichung dieses hochwertigen nicht ganz verhindern, so doch sehr erschweren. Der Kanzler meinte, die deutschen Belange könne man im Völkerbund besser vertreten als draußen. Wenn aber das Eintrittsgeld die Aufgabe der nationalen Ziele sei, dann bleibe man lieber draußen. Auch in der Opposition werden wir um die höchsten nationalen Güter ringen. (Beif. Beifall bei den Deutschnationalen.)

Vizepräsident Bell teilt mit, daß von den Regierungsparteien ein Antrag auf namentliche Abstimmung eingelaufen sei. Abg. Roenen (Komm.) fordert, daß der hinausgewiesene Abgeordnete zur Abstimmung wieder zugelassen wird.

Vizepräsident Bell unterbricht den Redner mit der Erklärung, daß die Hinausweisung des Abgeordneten Henning ausschließlich durch den amtierenden Präsidenten erfolgt sei und daß darauf weder der Reichstag noch der Reichskanzler Einfluß gehabt hätten. Er ersucht den Redner, die Maßnahme des Präsi-

denten nicht zu kritisieren, eine Aussprache darüber könne nicht zugelassen werden.

Abg. Roenen erklärt dann weiter, es sei jetzt schlechte Konjunktur für eine Diktatur Seede und überhaupt für starke Männer. Die Regierung stehe auf sehr schwachen Füßen. Wenn sie die Vollmacht zur Auflösung des Reichstages in der Tasche habe, darum müsse sie erst recht verschwinden. Der Redner zitiert den „Lokal-Anzeiger“, wonach der Reichskanzler nach der Verfassung den Reichstag gar nicht auflösen könne, weil er noch kein Vertrauensvotum erhalten habe. Trotzdem müsse man die Auflösung verlangen.

Präsident Lohse teilt mit, daß zum deutschnationalen Antrag auf Aussetzung des Eintritts in den Völkerbund vier Anträge auf namentliche Abstimmung eingegangen seien.

Abg. Dewitz (Bölk. Bg.) erklärt, seine Freunde hätten sich stets zur Mitarbeit bereit gefunden, aber die jetzige Regierung müsse sich erst Vertrauen erwerben. Die Regierung habe bisher noch nichts gegen die Syndikate und Verbände unternommen, dagegen bedrohe ihre Preisentwertung die gewerblichen Mittelstand mit dem Untergang. Wegen der dem Preisbilligkeit der Kartelle sei die Regierung ohnmächtig. Durch ihre Taten werde die Regierung beweisen, daß sie besser sei als ihr Ruf. Werde die Regierung ihre Versprechungen nicht halten, so werde seine Fraktion aus ihrer heutigen Neutralität heraustreten und der Regierung den Kampf ansetzen.

Abg. Feder (Bölk.) wünscht, daß die Regierung auf Besserung der Kreditverhältnisse in der deutschen Wirtschaft hinarbeite. Heute herrsche noch die Gewalt der Börse.

Abg. Breitscheid (Soz.)

Es ist nicht meine Absicht, in dieser Situation noch lange Worte zu machen. Jede Fraktion weiß jetzt, wie sie ihre Abstimmung einrichten soll. Es ist auch zwecklos, in diesem Augenblick noch auf die verschiedenen Fragen einzugehen, die der Redner aufgeworfen hat. Bei anderen Gelegenheiten werden wir diese Fragen besser erörtern können. Nur noch ein paar Worte zu den Ausführungen des Herrn Lindener-Wildau, die immerhin auf einem höheren Niveau gestanden haben, als man sie sonst von deutschnationaler Seite zu hören bekommt. Wir sind die letzten, die die Lage der deutschen Wirtschaft, die Not des Volkes, die das große Elend in Abrede stellen wollten und die nicht jedes brauchbare Mittel anwenden würden, um diese Not zu lindern. Aber Herr Lindener hat kein Recht dazu, seine Freunde von der Schuld dieser Not freizusprechen. Sie hatten doch bis vor kurzem noch den maßgebenden Einfluß in dem ersten Kabinett Luther. In dieser Regierung haben sie die wichtigsten Posten besetzt gehabt, mit Herrn v. Schlieben als Finanzminister und Herrn Reuhaus als Wirtschaftsminister. Die Deutschnationalen hätten doch damals mit ihren Rezepten herauskommen sollen. Sie hatten damals aber nur das Rezept der Zölle und Steuerpolitik.

Wenn die Deutschnationalen erklären, daß diese Wirtschaftspolitik Flasko erlitten habe, dann geben sie zu, daß die Wirtschaftspolitik zu Bruch gekommen ist, die sie geführt haben. (Beifall bei den Soz.)

Herr Lindener sprach davon, wie notwendig es sei, die Absatzmärkte für die deutschen Erzeugnisse zu erweitern. Glauben Sie, daß Ihre Wirtschaftspolitik dazu beigetragen hat? Ich erinnere z. B. an Ihr Verhalten beim deutsch-spanischen Handelsvertrag. Sie haben also nicht die aktive Legitimation dazu, über die Schädigung der Wirtschaft durch die Vernachlässigung der Auslandsmärkte zu klagen. Herr Lindener hat bei der Besprechung des Problems des Völkerbundes Wert darauf gelegt, festzustellen, daß die Deutschnationalen bis Locarno immer eine konsequente Politik betrieben hätten. Es ist verächtlich, daß diese Beteuerungen über die Konsequenz der deutschnationalen Politik sich so häufen. Das läßt den Schluß zu, daß die Quantität die Qualität ersetzen soll. Sie haben ja durch den Mund des Herrn Schiele erklären lassen, daß Sie das Memorandum vom Februar nicht gekannt hätten. Wenn das aber auch richtig sein sollte, dann haben Sie doch die Juli-Rote gekannt, als Deutschland zum ersten Male sich bereit erklärte, in den Völkerbund einzutreten. Sie können doch nicht bestreiten, daß das die Fortsetzung der Politik war, die mit dem Februar-Memorandum eingeleitet worden ist. Wenn Sie Locarno nicht wollten, und den Völkerbund nicht wollten, dann wäre es damals schon Ihre Aufgabe gewesen, gegen diese Politik zu protestieren und aus der Reichsregierung auszuschleiden. (Sehr richtig!) Sie hätten das noch in dem Augenblick tun können, als Luther und Stresemann von diesem Kabinett nach Locarno gefandt wurden.

Es kommt nicht darauf an, welche Richtlinien Sie (zu den Deutschnationalen) aufgestellt haben, sondern nach welchen Richtlinien Ihre Vertreter in der Regierung gehandelt haben. Es wäre von höchstem Interesse, festzustellen, ob die Deutschnationalen in diesem Kabinett Bedingungen gestellt haben, in denen Sie sagten, daß ohne die Annahme ihrer Richtlinien Locarno nicht angenommen werden könne, und ob die Regierung diese Bedingungen angenommen hat. (Westarp ruft „Ja wohl!“ Luther ruft „Nein!“)

Herr Westarp, es ist doch sehr interessant, daß Sie zu den damaligen Verhandlungen hinzugezogen wurden! Haben Sie gesagt: Kommt Ihr aus Locarno zurück, ohne daß unsere Bedingungen erfüllt sind, dann werden wir unsere Minister zurückziehen? Sie haben das erst nachher gesagt. Es kommt darauf an, ob Herr Schiele es damals gesagt hat. Sind aber andere Richtlinien im Kabinett aufgestellt worden, wäre nicht dann schon Herr Schiele verpflichtet gewesen, zurückzutreten? Ich kann also keinerlei Konsequenz in Ihrer Haltung zur Außenpolitik erkennen. Warum war diese Außenpolitik nicht konsequent? Darüber haben wir uns schon ausführlich unterhalten. Es war für Sie unzumutbar, die Außenpolitik abzulehnen, solange die Zollpolitik nicht erledigt war. (Sehr richtig bei den Soz.)

Herr v. Lindener hat von der Schandstunde gesprochen, in der der Völkerbund geboren wurde in Versailles. Es ist doch aber fest-

zustellen, daß die erste Regierung, die sich für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ausgesprochen hat, die Regierung Luther war, in der die Deutschnationalen saßen. Wer so zum Völkerbund steht, der muß diesen „Schandfleck“ ablehnen, ohne erst Bedingungen für den Eintritt aufzustellen. Ich kann es darum nicht verstehen, daß die Deutschnationalen nicht schon bei der Juli-Rote den Eintritt in den Völkerbund abgelehnt haben. Auch wir haben Forderungen aufgestellt, und ich bedauere, daß unsere Ansprüche nicht schon im Februar-Memorandum zur Geltung gebracht worden sind. Aber etwas anderes ist es, wenn wir wünschen, daß durch den Eintritt in den Völkerbund alles versucht werden muß, um unsere berechtigten Forderungen durchzuführen, als den Eintritt in den Völkerbund überhaupt nicht zu wünschen und dann noch zu bedauern, daß nicht rechtzeitig gesagt worden sei, was wir für Forderungen aufstellen hätten. Die Tatsache, daß auch wir den Vertrag von Versailles ablehnen, ist zu allgemein bekannt, als daß ich jetzt noch weiteres darüber ausführen müßte. Dieser Vertrag entspricht nicht den Grundätzen der Gerechtigkeit. Wenn wir in unserer Ablehnung des Vertrages von Versailles einig waren, so haben wir doch in der Nationalversammlung dafür gestimmt, und wir taten es damals unter der Toleranz der Deutschnationalen.

Wenn wir jetzt den Eintritt in den Völkerbund verlangen, so tun wir es, weil wir uns der Hoffnung hingeben, daß wir dort für unsere berechtigten Forderungen auf Gehör stoßen. Deshalb sind wir wohl Gegner des Vertrages von Versailles und doch Freunde des Eintritts in den Völkerbund. (Beifall bei den Soz.)

Herr Lindener hat weiter davon gesprochen, daß unserer Jugend neue Ideale gegeben werden müßten, und er hat auch von einer Germania Irredenta geredet. Es mag für einen Teil der deutschen Jugend schmerzhaft sein, das alte System begraben zu sehen, für manche aus materiellen, für andere wieder aus idealen Gründen. Wie Sie aber der deutschen Jugend an „neuen Idealen“ geben wollen, das sind in Wirklichkeit sehr alte Ideale. Statt der Jugend zu sagen, sie soll in die Zukunft blicken, fordern Sie sie auf, in die Vergangenheit zu schauen. Damit kommt man aber bei der Jugend niemals weiter, wenn man sie den Blick in die Vergangenheit richten läßt. Ich will noch gar nicht von unserem sozialistischen Ideal sprechen, aber versuchen Sie doch der Jugend wenigstens die Ideale zu geben, die in der gegenwärtigen Verfassung begründet liegen. Das alte Ideal des massenstarrenden Deutschlands werden Sie ihr niemals wiedergeben können. Das alte Ideal des Kampfes mit den Waffen ist dahin. Suchen Sie die Jugend doch dazu zu erziehen, das Ideal einer Gemeinschaft der europäischen Völker schämen zu lernen. (Lachen rechts.) Sie lachen und Sie spotten. Aber wie viele sind in Ihren Reihen, die aus materiellen Gründen die europäische Gemeinschaft wollen. Wenn Sie dieses Ideal ablehnen, dann müssen Sie es auch aufgeben, nach einer wirtschaftlichen Gemeinschaft Europas zu suchen, die doch nur der erste Schritt auf dem Wege zu der politischen Gemeinschaft ist. Wir sind nicht mit allem einverstanden, was der Reichskanzler ausgeführt hat. Aber ein Soz findet unsere Zustimmung: Wir müssen versuchen, innerhalb des Völkerbundes zu erreichen, was wir von außen nicht erreichen können. Gerade deshalb lehnen wir das Wort von der Irredenta Germania ab. Sind die politischen Streitfragen ohne Anwendung von Waffengewalt gelöst, dann können wir Kulturpolitik treiben, auch über unsere Grenzen hinaus. Von den verstaubten Idealen der Deutschnationalen wollen wir nichts wissen.

Noch ein Wort zur Frage des Eintritts in den Völkerbund. Abgesehen von der Frage der 50 000 Mann Besatzung ist die notwendige Konsequenz von Locarno die völlige Räumung des besetzten Gebietes. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Mit vollem Recht hat mein Freund Müller gesagt, daß die französischen Militärs gerade ihre schlechtesten Argumente aus den deutschnationalen Reden und aus dem Raffeln mit dem Schwert entnehmen. Das Gleiche ist von anderer auch für Sie höchst autoritativer Seite gesagt worden. Der Völkerbund in seiner jetzigen Gestalt ist nicht unser Ideal, aber die deutsche Regierung kann auch jetzt schon im Völkerbund deutsche Interessen vertreten.

Ich sehe nicht, wie Herr Lindener behauptet hat, daß der deutsche Parlamentarismus sich in einer Krise befindet. Ich möchte auch nicht, was etwa an dessen Stelle gesetzt werden sollte. Etwas der verstorbenen Wilhelmismus, glauben Sie, daß der ein Vorteil für Deutschland sei? Etwas deswegen, weil Wilhelm sich seine Minister nach seinem eigenen Gusto gewählt hat und nach ihrer Fähigkeit im Staffspielen? (Sehr richtig! bei den Soz.) Sie waren ja auch nicht mit allen Ministern Wilhelms einverstanden, ich erinnere nur an Ihre Stellung zu Bethmann Hollweg.

Zusammenfassend kann ich feststellen, daß meine Fraktion der Außenpolitik des Kabinetts zustimmt, in der inneren Politik aber keine Möglichkeit sieht, ihr das Vertrauen auszusprechen. Abg. Breitscheid verliest hierauf die Erklärung, die wir auf der ersten Seite des Hauptblattes wiedergegeben haben.

Abg. Dr. Scholz (D. Bp.) beantragt Ueberweisung des deutschnationalen Antrags über den an Bedingungen geknüpften Eintritt Deutschlands in den Völkerbund an den Auswärtigen Ausschuh. Man müsse das Ergebnis der Verhandlungen mit den fremden Mächten abwarten.

Abg. v. Graefe (Bölk.) behauptet, daß der Ausschluß des Abg. Henning aus der heutigen Sitzung grundlos erfolgt sei, denn seine letzten Worte hätten nur im Zusammenhang mit den vorhergehenden betrachtet werden müssen.

Abg. Graf Westarp (Dnat.) behauptet, die Deutschnationalen hätten in der Locarnofrage eine konsequente Politik getrieben und bestimmte Bedingungen gestellt, die auch von der Regierung akzeptiert worden seien. Als der Fakt ohne Erfüllung dieser Bedingungen abgeschlossen wurde, seien die Deutschnationalen aus dem Kabinett ausgetreten.

Reichsaußenminister Stresemann:

Die schwebenden Verhandlungen über die Rückwirkungen von Locarno haben sich inzwischen so weiter entwickelt, daß ich im

SALAMANDER-SCHUHE
SCHÖN·PREISWERT·GEDIEGEN





SALAMANDER

Die beiden Nebenbuhlerinnen.

Von Romain Rolland.¹⁾

Als sie sich am nächsten Morgen gegenüberstanden, bemerkte Solvia sofort die Veränderung in Annettes Betragen, und sie konnte sich nicht zurechtlegen, was denn da in ihr vorgegangen sei.

Sie hatte Ringe unter den Augen, bleich, schroff, aber in einer ganz fremdartigen Schönheit leuchtend, war sie zugleich schöner und häßlicher als sonst, wie wenn all ihre geheimsten Kräfte emporgerufen wären. — Im Panzer ihrer Hoffart, wie umlauert von kalter Feindseligkeit, sah sie Solvia groß an und ließ stumm den lustigen Unsinn an sich abgleiten, den diese wie gewöhnlich zum besten gab, daraufhin ging sie fast ohne Gruß aus dem Zimmer. ... Solvias Schwagen brach mitten im Worte ab. Sie trat auch aus dem Zimmer und sah Annette nach, wie sie die Treppe hinunterstieg.

„Aha“, dachte sie. Annette hatte Tullio gesehen, der in der Halle sah, und schritt quer über den ganzen Raum schnurstracks auf ihn zu. Er erkannte auch auf den ersten Blick, daß sich die tatsächliche Lage geändert hatte. Sie setzte sich nahe bei ihm nieder. Sie plauderten von gleichgültigen Gegenständen. Hoherhobenes Hauptes sah das Mädchen gerade vor sich hin und nied, es schien ihm sehr anzunehmen. Aber — er war seiner Sache gewiß —, sie sah ihn doch starr an. Dieser Blick, der sich unter den bläulichen Lidern verbarg, wie wenn er das grelle Licht scheuen müßte, sagte eindringlich:

„Willst du mich?“
Aber er selbstgefällig irgendeine geistlose Geschichte zum besten gab, wobei er sich ausschließlich in die Betrachtung seiner glänzenden Fingerringe zu versetzen schien, warf er wie ein gebuckter Riesenpanther lauernde Seitenblicke nach den gestrafften Brüsten dieses Frauenkörpers, und in diesen Blicken lag die Frage:

„Du willst also auch?“

„Ich will, daß du mich willst!“ war die Antwort.

Da gab es für Solvia kein Zaudern mehr. Nach einem spielerischen Rundgang um die Halle tänzelte sie herbei und nahm einen Wessel zwischen Annette und Tullio. Annettes Wut verriet sich in einem einzigen Blick, aber der eine Blick war schon genug: ein vernichtendes Gefühl höhnischer Verachtung. Solvias Wimpern zuckten, aber sie tat, als hätte sie nichts bemerkt; doch alles an ihr sträubte sich, wie das Fell einer Katze, die einen elektrischen Schlag bekommen hat. Lächelnd lauerte sie auf die Gelegenheiten, ihre lächerliche Annette ins Fleisch zu graben. Unter der Hülle sichtsicher Freundlichkeit trat sie nun als Dritte in den Kampf ein. Annette schien Solvias Anwesenheit nicht zu bemerken, überhörte ihre Worte und redete über sie hinweg mit Tullio, dem sehr unbehaglich zumute war; wenn Annette aber in die Zwangslage kam, von irgendeiner Verhöhnung Solvias Notiz zu nehmen — deren Mundwerk wußte sich schon durchzusetzen —, so gab sie mit ironischem Lächeln oder einem bissigen Wortchen einen der kleinen grammatischen Schmitzer hervor, wie sie dieser immer noch unterliefen (trotz aller Gewandtheit hatte das kleine Plaudermäulchen seine Wortbeute noch nicht ganz durchgehäutelt.) Tölplich verlor sich nun Solvia in der anderen nicht mehr die Schwester, nur noch die Nebenbuhlerin; sie dachte: „Das zahl ich dir heim.“

Ihre geschürzte Oberlippe ließ die scharfen Eckzähne, die Reihzähnen, sehen, und das sollte heißen: „Jahn für Jahn, Auge für Auge ... nein, beide Augen für eines ...“

Kun warf sie sich erst recht in den Kampf. Wie unflug war doch Annette gewesen! Solvia ließ sich nicht durch Stolz hemmen; ihr erschien jede Waffe recht, wenn sie nur im Gesicht zu brauchen war. In ihrer schweren Rüstung vornehmer Selbstachtung hätte Annette sich für entehrt gehalten, wenn sie Tullio ihre Begierde im mindesten verraten hätte. Die andere aber legte sich leicht über solche Bedenken hinweg: sie wollte dem Herrchen da lust die Stückelein vorspielen, die seine Eitelkeit am meisten tadeln mußten.

„Was ist dir lieber? Edele Verachtung oder Bewunderung für deine wertige Person?“ ... sagte ihm ihr Blick.

Sie wußte aus Erfahrung, daß der Mann ein höchst stilles Geschöpf sei. Tullio liebte Weibrauch über alles. Sie targte nicht damit, mit einer schamlos unbefangenen Seelenruhe begab sich die durchtriebene Verführerin auf eine wahre Rundfahrt um die Vollkommenheiten des jungen Mode-Donnis (Prachttausgabe für Palasthotels); sein Körper, sein Geist, seine Kleidung wurden gedehrend bewundert. Vor allem die Kleidung, denn sie spürte, daß ihm dies das Wichtigste war. Gewiß war er für jede Art von Ausbügung empfänglich. Aber daß er schon sei, brauchte man ihm nicht erst zu sagen, und was Geist anbelangt, so war er fest überzeugt, daß es dem Träger eines so stolzen Namens nicht daran fehlen könne. Aber keine Art, sich zu kleiden, war eine ganz persönliche Leistung, und das Lob einer erfahrenen Parfömerin galt ihm viel. Solvia prüfte ihn mit Kennernäse (wie sehr sie sich über keine etwas naive Vorliebe für schreiende Farben beschäftigte, behielt sie wohlweislich für sich) von Kopf bis Fuß und bewunderte rein alles. Annette errödete vor Scham und Zorn; die Blüt der Kleinen erschien ihr so plump, daß sie sich fragte:

„Das hält er aus?“

Aber er hielt es ganz trefflich aus; es war ihm wie Honigleim, er konnte gar nicht genug davon bekommen. Als Solvia im systematischen Fortschreiten von der orangefarbenen Kravatte über den Niederblauen Gürtel bei seinen grün und gold gestreiften Socken ansetzte, war, hielt sie inne: der entscheidende Einfluß war ihr gekommen! Als sie dabei hielt, Tullios zierlichen Fuß zu bewundern, auf den er so stolz war, stellte sie auch ihre sehr hübschen Füßchen ungeniert zur Schau. In unbedenklicher Roterie (sobald sie ihren Kopf bis zum Knie hinauf und hielt ihre Beine vergleichend neben die Tullios).

Während Annette sich verachtungsvoll in ihrem Rocking-chair zurückgelehnt hatte, wandte sich Solvia mit einem bezaubernden Lächeln ihr zu: „Schönheiten, zeig deine doch auch!“

Mit raschem Griff legte sie diese massigen Knöchel und etwas schweren Säulen der Beine gründlich frei. Nur für zwei Sekunden, denn Annette stieß die böse kleine Kravatte energisch weg; aber die zog sich befriedigt zurück: Tullio hatte gesehen, was er sehen sollte.

Doch dabei blieb sie nicht stehen. Den ganzen Vormittag erlangte sie immer neue Vergleichsmöglichkeiten, die sich scheinbar ganz ungewollt im Laufe des Gesprächs ergaben und die jedesmal die Schwester in unangenehmer Weise erscheinen ließen. Unter dem Vorwande, daß Tullio mit seinem überlegenen Geschmack ihnen als Schiedsrichter dienen sollte, in Sachen eines Kragechens, einer Bluse oder Schürze, mußte sie seine Aufmerksamkeit gerade auf das zu lenken, was an ihr nicht eben das Häßliche und bei Annette nicht eben das Schönste war. Wütend lag Annette, als hätte sie nicht, und mußte mit aller Gewalt an sich halten, um die Schwester nicht einfach zu ermürgen. Solvia blieb dabei immer entzückend lebenswürdig und warf ihr zwischen den zierlichsten Bosheiten oft mit zwei Fingern ein Fußhändchen zu. Aber manchmal stießen ihre Augenblicke hart aneinander: „Ich verachte dich!“
„Rein, nein!“
„Rein, nein!“
„O doch, o doch!“

Dann wechselten sie noch einen herausfordernden Blick. Annette war nicht mehr imstande, ihre Feindseligkeit unter einem Lächeln zu verbergen wie die kleine Schlange brüben. Sie hätte laut aufschreien müssen, wenn sie länger gebissen wäre. Endlich überließ sie der Jüngeren das Feld. Hoch erhabenen Hauptes entfernte sie sich, indem sie der anderen noch einen letzten Blick entschlossenen

¹⁾ Aus: Romain Rolland „Annette und Solvia“ (Herr Wolff Verlag, München).

Volksentscheid!



Fort mit der Könige vergilbten Ordnern!
Heut' lebt ein neues, besseres Geschlecht,

Mit fester Hand und kühnem Blick zu fordern:
Die Republik will Volks-, nicht Fürstenecht!

Trotzes zusandte. Aber Solvias lachende Augen fürchten den Gegenstoß:

„Wirst schon klein werden.“

Am nächsten und an den folgenden Tagen ging die Schlacht weiter, jezt aber schon unter den Blicken höchlich beunruhigter Kampfzeugen; im Hotel war man auf die Sache aufmerksam geworden; zwanzig mühsige Augenpaare lauerten in hoshafter Reugierde auf jede Wendung des kleinen Dramas; es wurden sogar Wetten abgeschlossen. Die beiden Nebenbuhlerinnen aber waren viel zu sehr mit Zug und Gegenzug beschäftigt, um nach dem Verhalten der Umgebung zu fragen.

Der Himmelstischler.

Von Adolph Hoffmann.

Ich zog meine Uhr und legte sie vor mich hin, indem ich sagte: „Alle Störungen sind meiner Rebezeit gutzurechnen.“ Das Zwischenwille und die Lumulte hörten natürlich nicht gleich auf. Aber die Knechte wurden immer aufmerksamer und vergaßen schließlich ganz Radau zu machen.

Ich hatte ganz kurz flüchelt etwa folgendes gesagt: „Sie glauben, ich sei hierher gekommen, um Sie aufzuklären.“

„So siehste du aus“, rief ein Inspektor.

„Da haben Sie ganz recht“, war meine Antwort. „Ich habe nämlich keine Ahnung von der Landwirtschaft und um mich über dieselbe zu orientieren, kam ich hier her.“

„Na, denn mach man die „Kulpen“ gut aus!“
so schwärzte es durch die Luft.

„Ich bitte um Ihre freundliche Mithilfe. Wohl ist mir bekannt, daß Sie, die ländlichen Arbeiter,“ wandte ich mich an die Knechte, „das Feld düngen, pflügen, säen, vom Unkraut reinigen, hegen und pflegen, dann ernten oder abmähen, das Getreide ausdreschen und es dann zur Stadt fahren. Die Rüben nach der Zuckerfabrik. Machen Sie das alles alleine?“

„Na, wer denn sonst, du Schafstopp?“

„Na“, sagte ich, „da seht Ihr doch, wie dringend ich der Aufklärung bedarf.“

Aber nun sagen Sie mir, bitte, noch das eine: Warum fahren Sie das Getreide nach der Stadt? Ihr Kram es doch selber gut gebrauchen?“

„Na, da mir's verkehrt“, schallte es von zwei Seiten.

„Ach so“, sagte ich gedehnt. „Na. Kam sehr ich ein, daß hier keine Boden für die Sozialdemokratie ist. Sie haben nicht nötig, Sozialdemokraten zu werden. Sie düngen ja alles, was Sie sich nur wünschen können. Sie düngen, Sie pflügen, ernten, dreschen, verkaufen das alles und stecken dann das Geld in Ihre Taschen.“

„Ne“, erichallte in diesem Augenblick des Schneiders Stimme aus dem Hintergrunde,
„das Geld stiebt der Gutsbesitzer ein!“
„Was“, sagte ich erstaunt, „der Rittergutsbesitzer? Ja, daß denn der auch gedüngt, gepflügt, gemäht, gedroschen?“

„Es dann ist der nicht!“ erscholl es aus dem Hintergrunde.

„Ja, das ist ja ganz sonderbar“, entgegnete ich, „Sie haben alle Arbeit gemacht und der, der nichts getan hat, stiebt das Geld ein?“

Und nun legte ich los, schilderte die Zustände unserer Welt, sprach von den Arbeitsbiemen und den Drohnen usw.

Erst kamen vereinzelt und schüchtern einige Zustimmungen. Sie wurden aber immer lauter und voller, bis ganze Beifallsstürme den Saal durchbrauften.

Unser „Himmelstischler“ sah so verückt da, als hätte er einen Hellsichterschein erhalten.

Nach der Uhr blickend, sagte ich: „Aber, wie ich sehr, habe ich die mir zugewilligte Redezeit schon etwas überschritten. Ich muß Sie daher erst fragen: Wollen Sie mich nun weiterreden, oder soll ich weiterreden?“

„Während mir Julius das liebevolle Wort „Schafstopp“ halblaut zurief, ertönte von allen Seiten „Weiterreden!“

Unser Manager von Rauchstädt war der lauteste Rufert im Streite.

Die Inspektoren hatten nach und nach den Saal verlassen, als sie sahen, daß ihnen die Felle fortgeschommen waren.

Vorn im Hotel-Restaurant, im Herrenstübli, spülten sie mit Steinbägen, Bernat und anderen schönen Gensungstropfen ihren Kerger hinunter und schlupften, wie aus der Welt hinterher erzählt, auf das unanbathbare Geständel, die Knechte, die wohl den spezialierten Schnaps geflossen hätten, sah aber dann von dem Heget erst recht mit Redensarten besessen machen ließen.

Das Resultat bei der Wahl war, daß wir in Rauchstädt 127 Stimmen für die Sozialdemokratie zählten und — was die Hauptsache war — eine Verbindung geschlossen hatten, die nicht wieder verloren ging. Lehteres war Julius' alleiniges Verdienst und des treuer Rauchstädtler Schneiders, der uns nach der Verammlung allen Erntes küßen wollte.

Manche wunderliche und gefährliche Fahrt habe ich unternommen. So plattengesetzt noch mit dem „Himmelstischler“ gemacht, zu der eine im Walde zwischen Kerzeburg und Scheuditz die halbschneidische war. Hier hasteten sich sogar reitende Gendarmen an unsere Fersen, vor denen wir uns nur dadurch retten konnten, daß wir im dichtesten Dickicht über Büsche und Klottern wie junge Rehe sprangen, hinter denen die Hundemeute her li.

Wir entkamen alle glücklich, nur der „Himmelstischler“ war nicht zu finden. Er mußte wohl erwischt sein, was doppelt unangenehm war, weil er einen kleinen Koffer mit Material und Wrechnungen bei sich hatte.

Einige Kerzeburger Genossen gingen sofort nach seiner „Burg“, liegen durchs Fenster und machten alles „lauber“, falls die Postkarte kam und haussuchte.

Sie kam nicht, sondern am anderen Tage gegen Mittag der „Himmelstischler“. Er hatte seinen Handkoffer ins Gebüsch versteckt und war in der höchsten Not auf einen Baum geklettert. Von dort hatte er die „Schneidstaad“ der Gendarmen beobachtet und, da er Sorge hatte, der Wald sei unsteil, so war er, der ja in Himmelsregionen gut vertraut, die Nacht auf dem Baum geblieben.

(Fortsetzung folgt.)

Arbeiterfeindliche Handelspolitik.

Um den deutsch-spanischen Handelsvertrag.

Wer die Presse der Rechten und die Haltung des Reichslandbundes in der letzten Zeit aufmerksam verfolgt hat, wird bemerkt haben, daß seit einigen Wochen von neuem die Agitation gegen den Abschluß eines Handelsvertrages mit Spanien eingeleitet hat. Dabei wird zunächst wie üblich mit unvollkommenem Zahlenmaterial gearbeitet.

Die deutsche Ausfuhr nach Spanien hat in den letzten Vierteljahre einen stetigen Aufschwung genommen, bis der Zollkrieg diese Entwicklung jäh unterbrach. Im Jahre 1924 nahm Spanien insgesamt 90,4 Millionen Mark deutscher Waren auf, in den ersten neun Monaten des Jahres 1925 129,4 Millionen. Im Jahre 1924 stand Spanien an der 21. Stelle der wichtigsten deutschen Absatzländer, im dritten Vierteljahr 1924 an 15. Stelle. Diese Zahlen beweisen deutlich, daß die Entwicklung des deutschen Exports nach Spanien unter dem deutsch-spanischen Handelsvertrage eine außerordentlich günstige war.

Als die Reichsregierung unter dem Druck der unverantwortlichen deutschnationalen Agitation den deutsch-spanischen Handelsvertrag kündigte, brachte es die Bässigkeit und die Ungeschicklichkeit ihrer Unterhändler dahin, daß ein Zollkrieg ausbrach, in dem die spanische Ueberlegenheit so groß war und durch den der deutsche Export so schwer geschädigt wurde, daß die Unterhändler des Reichs die Nerven verloren und ein Provisorium abschlossen, das für die Spanier sehr vorteilhaft, für den deutschen Export sehr nachträglich war.

Wie ungünstig Zollkrieg und Provisorium den deutschen Export nach Spanien beeinflußt haben, zeigt die folgende Uebersicht:

Es betrug die Ausfuhr		im Monatsdurchschnitt des 3. Vierteljahres 1925	im November 1925
an	in		
Kmaluren	dz	821	131
Bohrer, Ähren usw.		117	50
Rangen		187	25
Rekwerlzeuge		13	4
Reze		238	54
Haushaltswirtschaftliche Geräte		113	81
Öfenrohre usw.		182	10
Schlösser und Schlüssel		531	60
Solinger Waren		131	63
Metallbearbeitungsmaschinen		2 088	679
Schreibmaschinen	Std.	477	23
Kartoffelstärke	dz	427	0
Steinbohlen		220 845	29 375
Antifarbender		827	19
Alizarinfarbstoffe		27	0
Indigo		44	0
Ultramarin		201	0
Bronzefarben		54	3
Lade		162	19
Fischerzeuge		20	5
Oberleder für Schuhe		45	0
Ziegenleder	Std.	2 189	0
Ladertes Rindleder		7 218	0
Feine Lederwaren	dz	7	0
Waren aus weichem Kautschuk		247	26
Gespinnstwaren mit Kautschukfäden		10	1
Diverse Hartkautschukwaren		45	7
Seifen, Bürsten und Pinsel		26	2
Druckplatten aus Holz		42	4
Röhre und Anöpfe aus Zelluloid, Galalit usw.		92	14
Papierlopaten		78	6
Photographisches Papier		92	3
Schreibhefte und dergl.		125	38
Feuerfeste Steine		2 728	320
Vorzellanisolatoren		876	65
Vorzellanpfeife		992	318
Kunstporzellan		56	22
Weiße Glasflaschen		607	37
Trockenplatten für photogr. Zwecke		197	5
Photographische Linien u. Apparate		19	4
Flowerflaschen aus Glas		59	15
Glasinstrumente		118	8
Schienen		1 694	0
Eisenbahnräder und dergl.		11 365	212

Diese Auswahl von Exportpositionen, die noch nicht $\frac{1}{10}$ der Nummern des statistischen Warenverzeichnisses umfaßt, weist nach dem Wert, soweit sich dies ungefähr berechnen läßt, einen Rückgang der deutschen Ausfuhr nach Spanien um 2% bis 3 Millionen Mark aus. Dieser Rückgang bedeutet, auf das Jahr gerechnet, rund 33 Millionen Mark.

Statt des bisherigen regelmäßigen Aufschwungs hat die deutsch-nationale Handelspolitik also nicht etwa nur zu einem Stillstand, sondern zu einem starken Rückgang geführt. Dieser Einbruch wird freilich den Lesern der Rechtspresse immer noch vorenthalten. Genau so wie sie auch nichts über die tatsächliche Lage und die Produktionsbedingungen des deutschen Weinbaus erfahren. Darum sei hier noch einmal festgestellt, daß der Verlust, den Deutschland durch die unverantwortliche Politik des Kabinetts Luther in der Frage des deutsch-spanischen Handelsvertrages erleidet, viel größer ist als der Schaden, den die spanische Weineinfuhr dem deutschen Weinbau zufügen kann. Die gesamte spanische Einfuhr von Weinen nach Deutschland betrug in den 21 Monaten vom Januar 1924 bis September 1925 einschließlich 26 Millionen Mark. Sie kann für die Monate Oktober und November auf etwa 13,2 Millionen Mark geschätzt werden, sodas im Monatsdurchschnitt weniger Wein nach Deutschland aus Spanien importiert wurde (1,7 Millionen Mark), als im November 1925 die deutsche Ausfuhr vermindert worden ist.

Dieser Exportverlust bedeutet Arbeitslosigkeit für 10 000 bis 15 000 Industriearbeiter.

Das interessiert die Rechtspresse naturgemäß nicht; sondern auf Grund der von uns wiederholt als falsch nachgewiesenen Theorie, daß der deutsche Weinbau durch einen hohen Zollschuß zur Blüte gebracht werden könne, fordert sie noch immer eine Handelspolitik, die den deutschen Export nach Spanien vernichten würde.

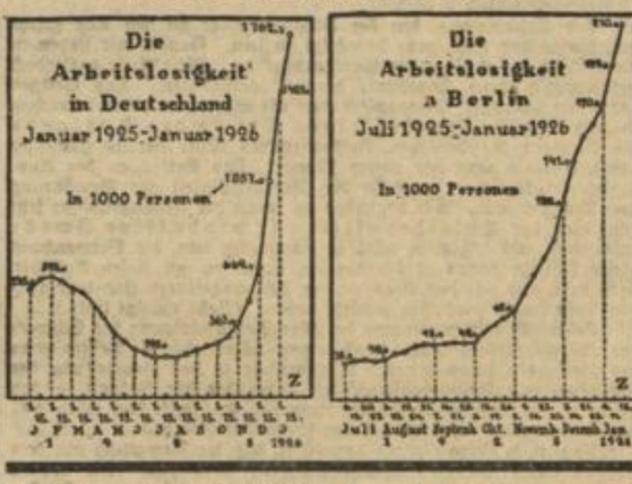
Das Erstaunliche hierbei ist vielleicht das Schweigen der Presse der Industrie; ja, der handelspolitische Spezialist der deutschen Schwerindustrie, der Deutschnationale Reichert, hat es sogar wagen dürfen, wohl um der schönen Augen des Reichslandbundes willen, eine Lanze gegen die deutsche Exportindustrie und für den vermeintlichen Schutz des deutschen Weinbaus zu brechen, wobei er freilich nicht mehr Wissen und Ueberlegung angewandt hat als für die bekannten Mandover, mit denen er den Eisengoll zu rechtfertigen versucht hat.

Die Haltung der Regierung.

Dagegen hat es reichlich Anzeichen dafür gegeben, daß auch Regierungsstellen noch immer der Politik des Reichslandbundes nicht allzu fern stehen. Ein Artikel der „Deutschen Tageszeitung“ enthält Angaben über die deutsch-spanischen Verhandlungen.

Kurven des Elends.

Wie die Arbeitslosigkeit stieg.



lungen, die entweder erfunden sind oder aus Indistretion amtlicher Stellen herrühren müssen. Vor etwa 14 Tagen spielte sich außerdem eine eigentümliche Diskussion zwischen einem offiziellen Kommuniké und dem Verein Deutscher Maschinenbauanstalten in der „Industrie- und Handelszeitung“ ab. Der Verein hatte die Handelspolitik der Regierung aufs schärfste kritisiert und auf Grund der offiziellen Statistik nachgewiesen, daß im dritten Quartal 1925 im deutsch-spanischen Warenverkehr die Handelsbilanz für Deutschland aktiv geworden war. Die offizielle Mitteilung bestreitet diese offensichtliche Tatsache mit törichtem und unbegründeten Argumenten und mußte es sich gefallen lassen, daß der Verein Deutscher Maschinenbauanstalten Wort für Wort das offizielle Gerede widerlegte! Immerhin — der Reichsverband der deutschen Industrie hat zu dem handelspolitischen Stand, der hier vorliegt, bis heute immer noch geschwiegen, und die Partei des Reichsoberbundes, die Deutsche Volkspartei, begeistert sich noch immer für den „Schutz des deutschen Weinbaus“. Jedenfalls läßt sich bisher nur so viel feststellen, daß in der Deffektivität die Presse der Arbeiterschaft das Exportinteresse der deutschen Industrie am tatkräftigsten wahrnimmt, während ihre amtliche Vertretung es vorzieht, sich zurückzuziehen.

Rekordtiefstand der Wechselkredite.

Zum Wochenauweis der Reichsbank.

Der Wechselbestand der Reichsbank ist eines der wichtigsten Merkmale der Wirtschaftsentwicklung. Den starken Rückgang des Wechselbestands in der 2. Wochenbilanz trotz der Diskontermäßigung haben wir unter dem Vorbehalt, daß die anregende Wirkung der Diskontermäßigung vielleicht noch eintreten könnte, als schwerwiegenden Beweis für die Vertrauenskrise zwischen Industrie und Banken bezeichnet und als Beweis für die Unzweckmäßigkeit der Herabsetzung. Die 3. Wochenbilanz hat unser Urteil gerechtfertigt; der Wechselbestand ist neuerdings ganz bedeutend, um 186,1 Mill. auf 1 350,6 Millionen Mark, gesunken. Nun ist seit der Erklärung Schachts vom 12. Januar vor dem Zentralausschuß der Reichsbank bekannt, daß im Wechselbestand auch noch Auslandsdevisen stecken, so daß der Bestand an Inlandswechseln und Schecks noch geringer ist. Man wird daher annehmen können, daß der Tiefstand des Wechselgeschäfts der Reichsbank vom April 1925, wenn man jeweils die dritte Monatswoche vergleicht, heute bereits unterschritten ist. Wenn daher die Reichsbank in ihrem Kommentar sagt, daß die Diskontermäßigung auch für die dritte Januarwoche ohne erkennbaren Einfluß geblieben ist, so kann das irreführen. Der Status der Reichsbank hat sich zwar nicht verschlechtert, für die Kreditdienste der Reichsbank gegenüber der Wirtschaft ist die Diskontermäßigung jetzt aber als zwecklos erwiesen. Die

Herrschaft über den Geldmarkt, soweit sie die Förderung der Wirtschaftsentwicklung zum Zweck hat, ist nicht verfehlt, sondern geschwächt. Ob dieses Ergebnis durch die letzten Eingriffe der Reichsbank auf dem Kapitalmarkt gemildert werden kann, müssen die nächsten Ausweise zeigen.

Im übrigen zeigt der Reichsbankausweis nur Veränderungen, die dem Rückgang der Kreditvermittlung entsprechen. Der Rückgang der Gesamtanlage in Wechseln, Schecks, Lombards und Effekten um 189,0 Millionen entfällt mit 186,1 Millionen fast ganz auf die geringere Wechselkreditanspruchnahme. 48,6 Millionen sind an öffentlichen Stellen neu weitergegeben (Gesamtkreditkont 585,8 Millionen). Der Notenumlauf ist um 167,0 auf 2341 Millionen, der Umlauf an Rentenbankscheinen um 48,5 auf 1238,6 Millionen zurückgegangen. Die unverwertbaren Notenbestände sind also beträchtlich gewachsen. Der Goldbestand ist durch Verkauf von Devisen um 41,4 auf 1249,8 Millionen erhöht. Trotz der Devisenverwandlung in Gold sind die deckungsfähigen Devisen noch um 10,9 auf 379,0 Millionen angewachsen. Die Reichsbank hat heute also Bestände an Noten, Gold und Devisen, die ebenfalls einen Rekord darstellten und noch deutlicher die eingeschränkte Funktion der Reichsbank als Kreditverföhrer der Wirtschaft beleuchten. Die Gold- und Devisendeckung hat eine für ein verarmtes Land geradezu groteske Höhe erreicht; sie beträgt 69,6 Proz. Die zinslosen Guthaben der Reichsbankkunden liegen mit 922,2 Millionen ganz außerordentlich hoch und sind ein weiteres Merkmal der Vertrauenskrise in der Wirtschaft.

Alle diese Momente deuten klar darauf hin, daß der flüssige Geldmarkt, der für die Reichsbank der Ausgangspunkt für die Diskontermäßigung war, nach wie vor als Krisensymptom zu bewerten ist, das die Herabsetzung unweckmäßig machte. Wegen der neuerdings noch größeren Wichtigkeit des Geldmarkts eine erneute Diskontherabsetzung zu fordern, ist mit diesen Tatsachen unvereinbar.

Die Reichsbank ermäßigt die Frachttundungszulagen. Die Deutsche Verkehrs-Kredit-Bank A.G. hat die Gebühren für die von ihr gewährte halbmonatliche Stundung der Eisenbahngüterfrachten im Einvernehmen mit der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft ab 1. Februar von 3 vom Tausend auf 2 vom Tausend herabgesetzt.

Die Glas- und Porzellanindustrie im Januar. Der Monat Januar brachte in der Glas- und Porzellanindustrie, wie der „Konjunktur-Korrespondenz“ auf Umfrage mitgeteilt wird, zwar weitere Entlassungen bzw. Einschränkungen und Stilllegungen, doch hielt die nicht ungünstige Lage in einzelnen Teilen des Gewerbes, z. B. in der Oldenburgischen Glasindustrie, in den Bremischen Steingutwerken und in der Brandenburgischen Ofenindustrie an. Die Tafel- und Hohlglasfabriken, die Glaschleifereien in Brandenburg und Sachsen verzeichneten Rückgang des Auftragsbestandes; zu Einschränkungen kam es u. a. auch bei der Reichener Staatsmanufaktur wie im ganzen Freistaat Sachsen, ebenso in Westfalen und im Rheinland. Die Industrie feuerfester Erzeugnisse wie die Oberfränkische Porzellanindustrie berichtet über weitere Entlassungen, doch hat der Bezirk Hof fast noch volle Beschäftigung. Die thüringische Glas- und Porzellanindustrie ließ bei schwachem und teilweise noch weiter rückgängigem Beschäftigungsgrad verschiedene Besserungserscheinungen erkennen. Eine Sulzler Porzellanfabrik nahm den Betrieb voll auf; im Bezirk Holzminde-Niederachsen wurden werksbeurteilte Angestellte wieder eingestellt. Wolf beschäftigt im ganzen blieb die Glasindustrie in Oldenburg, die Steingutfabrikation in Bremen und die Ofenindustrie in Sommerfeld. Die Steingutindustrie Sachsen-Anhalts verzeichnet weiteren Beschäftigungsrückgang.

Umwidlung und Wiederaufbau bei der Reiherrstiege-Hamburg. Die vor einigen Wochen gemeldete Erwerbung der Reiherrstiege-Hamburg durch die Weigel-Freitag Komm.-Ges. a. Aktien scheint infolge der noch immer sehr schwierigen Lage vieler deutscher Werften eher zum Abbau als zum Wiederaufbau der alten Hamburger Werft zu führen. Das große Schwimmdock soll für 2 Millionen Mark an eine holländische Werft (Wilton in Rotterdam) verkauft werden, die sich früher schon für den Ankauf des Gesamtwerfts interessiert hatte. Damit geht für die Belegschaft ein großer Teil der Beschäftigungsaussichten endgültig verloren. Aus dem Erlös sollen die Gläubiger abgefunden werden, darunter auch der Phönixkonzern mit 1 1/2 Millionen, der in der Insanation zwar schnell zur Hand war, für wenig Geld Großaktionär zu werden, nachher aber das alte Unternehmen ruhig fast unter dem Hammer kommen ließ. Der Rest der Betriebe wird in Gemeinschaft mit der Werftfirma Blohm & Voß-Hamburg bewirtschaftet werden. Letztere stellt einen Umlaufkredit zur Verfügung, wofür sie mit einem bestimmten Prozentsatz an den Aufträgen der Reiherrstiege-Werft beteiligt wird. Außerdem soll zwischen Weigel-Freitag, dem neuen Besitzer und Blohm & Voß noch eine Verengung der Beziehungen erfolgen. — Wie nun gemeldet wird, haben der hamburgische Senat und eine andere offizielle Stelle gegen die Uebernahme der Werft durch Weigel-Freitag Einspruch erhoben und die Erfüllung einer Reihe von Bedingungen verlangt. Der Verlauf der Schwimmdocks findet also doch nicht statt. Dagegen wird das Abkommen mit Blohm & Voß bestätigt. Nach vollzogener Fusion erfolgt gegen Zahlung von 1 Million Mark durch Blohm & Voß eine Dachgemeinschaft zwischen den beiden Gesellschaften.

Beteiligung Badens an den Rastgewerkschaften. Der badische Landtag hat den Gesetzentwurf betreffend die Beteiligung des Staates Baden an den Rastgewerkschaften in Baden gegen zwei kommunistische Stimmen bei zwei Enthaltungen von Abgeordneten der Deutschen Volkspartei angenommen. Der Gesetzentwurf ermächtigt den Finanzminister, außer dem durch das Gesetz bereits bewilligten Betrag von 2,8 Millionen Mark noch insgesamt 5,74 Millionen Mark, wenn nötig auf dem Wege eines Staatskredites, zum Ausbau der Rastwerke flüssig zu machen. Außerdem wird der Finanzminister ermächtigt, für etwaige von den badischen Rastgewerkschaften aufzunehmenden Anleihen über den bisherigen Höchstbetrag von 7,5 Millionen Mark hinaus für eine Gesamtanleihe im Auszahlungsbetrag von 11,65 Millionen Mark die selbstschuldnerische Bürgschaft zu übernehmen oder bis zu einem Betrag, der diesem Höchstbetrage entspricht, den Unternehmungen gegen Sicherstellung Darlehen zu gewähren und hierzu die erforderlichen Mittel, wenn nötig im Wege des Staatskredites, flüssig zu machen.

Fastnachtsgebäck, zubereitet mit dem reinen Cocosfett „Palmin“ wird delikater!

Die Etatdebatte im Landtag.

Genosse Wacutig gegen übertriebene Sparbureaufkratie.

Im Landtag eröffnete gestern Abg. Dr. Wacutig-Halle (Soz.) die Aussprache über den Haushalt für 1926. Er führte aus:

Der Haushaltsplan für 1926 schließt in Ein- und Ausgaben mit einem Gesamtbetrag von 3322 Millionen Mark ab, einer Risikolumme, die allerdings nach Abzug der größeren durchlaufenden Beträge auf 1885 Millionen zusammenschumpft; das sind 834 Millionen mehr als 1913 und 72 Millionen weniger als 1925. Es ist gelungen, die dauernden Ausgaben um 74 Millionen herabzubringen, während die einmaligen Ausgaben um 2 Millionen gestiegen sind. Betrachtet man den Nettobehalt, dann ist das Bild noch etwas günstiger. Da der Zustand in die Höheverwaltungsgegenüber 1925 um 125 Millionen Mark zurückging und die Betriebsverwaltungen einen Mehrbedarf von 21 Millionen aufweisen, sind an Steuern und Abgaben 146 Millionen weniger aufzubringen als im Vorjahre. Trotzdem kann das Gleichgewicht im Haushaltsplan für 1926 nur aufrecht erhalten werden, wenn aus der Hauszinssteuer weitere 92 Millionen für den allgemeinen Finanzbedarf herausgeholt werden. Das ist in großen Zügen das preussische Finanzbild.

So erfreulich es ist, daß der Haushaltsplan für 1926 unter den angegebenen Voraussetzungen balanciert, so bedauerlich sind die Mittel, mit welchen man das Gleichgewicht zu erhalten sucht. Ausgaben für neue Aufgaben sind zurückgeführt worden, der Bedarf für die bisher vom Staat erfüllten Aufgaben und die eigentlichen Verwaltungsaufgaben auf das unbedingt notwendige Maß herabgesetzt worden; neue Bantentellen hat man nur in ganz vereinzelten Fällen zugestanden. Wie viel Verzicht auf Kultur und Schimmer als das: viel Geld verbirgt sich hinter den Zahlen des Haushaltsplanes für 1926.

Am so peinlicher hat es in meinen Kreisen des deutschen Volkes herüber, daß die früheren deutschen Fürsten für die Notlage des preussischen und des deutschen Volks kein Verständnis haben, ja, daß sie diese Notlage benutzen, um maßlose Abfindungsansprüche geltend zu machen.

Man vergleiche mit dem Verhalten der deutschen Fürsten einmal die vornehme Art, in der sich nach der japanischen Revolution von 1867 die japanischen Lebensfürsten — die Lage ihres Landes in der damaligen Zeit läßt sich recht gut mit der unseren vergleichen — in das unermessliche gestürzt haben. Nur 10 Proz. ihrer früheren Einkünfte wurden ihnen zugestanden und selbst diese Summe schrumpfte aus allgemeinen Gründen noch weiter zusammen. Damit der politischen Tragödie auch die Grotteske nicht fehle, erleben wir es heute, wie ehemalige Fürstentümchen um die Aufmerksamkeit konsolidierter Reichsschulden zwanzelieren. Aber auch dieser Vorgang hat seine guten Seiten. Die Lage ist so, wie sie vor einigen Wochen bereits ein Blatt charakterisierte: die deutschen Fürsten werden auf ihre Art zu Republikanern. Das französische Rechtsprinzip der Kapitalisten „le roi est mort, vive le roi“ läßt sich heute umwandeln in die Form: „le roi est mort, vive le bourgeois!“ In der Tat, man muß die Hoffnung auf die Restauration endgültig aufgegeben haben, wenn man so auf der Suche nach einer übergeordneten Rettung ist. Es wird unsere Aufgabe sein, dafür zu sorgen, daß die fürstlichen Herrschaften nicht auf Vermehrung geraten. Wir werden sie darüber belehren müssen, daß

in dem modernen Arbeitsstaat für fürstliche Drohen keine Stätte

ist. Soweit es sich um die Fürstenabfindung handelt, scheint uns in der Tat die äußerste Sparsamkeit geboten und hier wird der Herr Finanzminister unsere volle Unterstützung haben.

Eine Sparpolitik, die sich lediglich auf eine Herabsetzung der Ausgaben beschränkt, ist vom Standpunkt der Finanz- und Volkswirtschaftspolitik nicht empfehlenswert. Wenn in Verbindung mit der Verwaltungsreform ein organischer Beamtenabbau erfolgen soll, so werden wir uns diesen Plänen nicht verweigern, soweit das ohne Benachteiligung wichtiger öffentlicher Interessen und ohne unnötige Härten gegen die Opfer dieser Politik geschehen kann. Im übrigen aber stehen wir der Sparmanie, von der jetzt alle Welt ergriffen zu sein scheint, skeptisch gegenüber. Wir dürfen nicht vergessen, daß Finanzpolitik letzten Endes doch Volkswirtschaftspolitik sein muß. Das Sparen in der Privatwirtschaft darf mit dem Sparen in der Finanzwirtschaft nicht verwechselt werden. In der Privatwirtschaft kann Sparen, d. h. Verzicht auf die Herausgabe von Einkommen zur Vermögensbildung und damit zur Konsolidierung der Wirtschaft beitragen. Treibt man aber in der Finanzwirtschaft das Sparen auf die Spitze, dann bedeutet das nur Schwächung und Abbau der Finanzwirtschaft selbst. Schließlich ist es auch höchst fraglich, ob der Verzicht auf die Erhebung privater Mittel wirklich eine Vermögensbildung in der Volkswirtschaft bedeutet. Es kann sehr leicht so kommen, daß diese Mittel einer weniger zweckmäßigen Verwendung zugeführt werden, als wenn sie der öffentlichen Wirtschaft erhalten geblieben wären.

Wir müssen also die Frage aufwerfen, ob die Notwendigkeit von Ersparnissen in dem Umfange, wie sie der Finanzminister in Aussicht gestellt hat, in der tatsächlichen Lage der Volkswirtschaft begründet ist.

Es wird zu untersuchen sein, ob das Abstimmen der steuerlichen Beiträge nicht bei einer konsequenteren Anwendung der Steuererlasse hätte verhindert werden können. Ich erinnere nur an die Antwort auf die von sozialdemokratischer Seite eingebrachte kleine Anfrage über die Steuererhebungsmethoden in Ostpreußen, aus der hervorgeht, daß in dem Kreise Jasterburg von den Großgrundbesitzern mit über 400 Morgen vorläufig nicht weniger als 60 Proz. von der Zahlung der Einkommensteuer freigestellt sind. (Hört, hört links.)

Der Optimismus, den der Finanzminister an dem Tag geäußert hat, scheint uns nicht ganz berechtigt zu sein. Gewiß, wir stehen in einer Wirtschaftskrise, einer Sanierungskrise. Diese Krise hat jedoch gegenwärtig ihren Höhepunkt bereits überschritten. Das Steigen der Kurse wichtiger Wertpapiere darf als Symptom dafür betrachtet werden, daß die kaufkräftigen Kreise des Auslands die Chancen der deutschen Volkswirtschaft heute bereits günstiger beurteilen, als noch vor einem Monat. Das Vertrauen des Auslandes drückt sich ja auch in der Bereitwilligkeit zur Gewährung von Anleihen aus. Wir begrüßen es, wenn der Finanzminister jetzt den Weg der Anleihepolitik für produktive Zwecke beschreiten will. Freilich wird es notwendig sein, die Verwendung dieser Anleihe genau zu überwachen, damit es mit diesen Anleihen nicht geht, wie mit den Krediten, die jetzt eingefloren sind und vielfach recht wenig produktiv gewirkt haben. (Sehr richtig! links.)

Jedenfalls sollten wir uns bei aller Berücksichtigung der Schwere der Wirtschaftslage nicht durch einen übertriebenen Pessimismus ins Bockshorn jagen lassen. Rührigkeit in der Beurteilung der Situation und Hoffnungsfreudigkeit gegenüber der Zukunft — das allein ist die richtige Seelenstimmung für ein Volk, das leben will und leben darf. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. d. Osten (Dnat.) bezweifelt, daß die Regierung mit dem nötigen Ernst an die Sparmaßnahmen herangeht. Die neue Landgemeindeförderung zum Beispiel würde, wenn sie Ge-

setzt wird, ganz erhebliche Mehrausgaben bringen. Eine Vereinfachung der Grundbewertung fehle noch. Bedauerlich sei, daß die Verwaltungsreform noch nicht gekommen ist. Notwendig sei die Hebung der Kaufkraft des Inlandsmarktes, während eine große Anleihepolitik wegen der Zinsenlast abgelehnt werden müsse. Daneben bestehe die Gefahr einer katastrophalen Heberfremdung der deutschen Wirtschaft. Der Staat sollte lieber einer notleidenden Industrie Kredite zum Weiterarbeiten geben, als nach Schließung der Betriebe Erwerbslosenunterstützung ausgeben. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Zuletzt habe die Wirtschaftskrise namentlich außenpolitische Gründe. Als der Redner den Sozialdemokraten vorwirft, daß sie sich, wie die Kommunisten, nur von Agitationsabsichten leiten ließen und auf Reid und andere niedrige Instinkte der Massen spekulierten, wird er von der Linken mit lebhaften Zurufen, wie „Aufmerksamschwinder!“ usw. bedacht. An realisierbaren Werten würden aus dem Fürstentümern kaum 50 Millionen übrig bleiben, wenn die Vermögen durch Volksscheid ganz enteignet würden. Damit könne man den Erwerbslosen nicht helfen. (Beifall links und Zurufe: „Sie sind ein fauler Anwalt für die Fürsten!“ — Jeder blamiert sich so gut, wie er kann!) Schließlich legt sich der Redner dafür ein, daß die Zahl der Abgeordneten in den Parlamenten verringert und der Staatsrat zu einer ersten Kammer ausgebaut werde, und zwar zugunsten einer wirksameren Vertretung der wichtigen Berufsgruppen.

Abg. Schmieding (S.) würde für Erhöhung der Hauszinssteuer, durch die der Fehlbetrag im Haushalt gedeckt werden soll, vorgehen, wenn entweder höhere Heberweisungsbeträge aus den Reichsteuern oder höhere Erträge aus der preussischen Grundvermögenssteuer oder aus den staatlichen Betrieben erlangt werden könnten, oder wenn eine besondere Anleihe aufgenommen werden könnte. Voraussichtlich würden aber, so führte der Redner aus, solche Mittel verfallen. Man müsse aber, um wenigstens eine Ermäßigung der Erhöhung der Hauszinssteuer ermöglichen zu können,

an den Ausgabepositionen Abstriche machen.

und dies nicht nur bei den Personalkosten, die 74,3 Proz. der sämtlichen Ausgaben betragen, sondern auch bei den sächlichen Kosten. Er empfiehlt als Radikalmittel einen Abstrich von 10 Proz. überall da, wo nicht gesetzliche oder verfassungsmäßige Verpflichtungen vorliegen. Eine Verwaltungsreform würde sich erst 1927 frühestens auswirken können und nur Ersparnisse bringen, wenn entweder die Oberpräsidenten oder die Bezirksregierungen beseitigt würden.

Abg. Dr. Wiemer (D. Sp.) setzt sich für die Vorschläge des Vorstandes ein. Die Entparnung der Hauszinssteuer fordert schärfste Bedenken heraus; das gilt auch von der rohen Form mit ihrer Ungleichartigkeit und Ungerechtigkeit. Die Steuer muß schrittweise abgebaut werden! Wir müssen durch Bekleinerung des Staatsapparates zu einer durchgreifenden Vereinfachung der Verwaltung kommen. Wesentliche Ersparnisse freilich werden nicht erzielt werden durch Zusammenlegungen in der Gerichtsorganisation, wie sie gestern in Aussicht gestellt wurden. Wir brauchen eine große Verwaltungsreform. Wir müssen von 74,3 Proz. wieder auf den früheren Zustand von etwas über 50 Proz. zurückgekommen! (Sehr wahr!) Werbende Ausgaben dürfen nicht aus laufenden Einnahmen gedeckt werden, sondern im Wege von Anleihen. Treußen muß auf dem inneren Anleihemarkt erscheinen.

Hierauf verlegt der Landtag die weitere Aussprache auf Freitag 12 Uhr. Außerdem Bohrung der preussischen Interessen bei der Reichsbahn. Schluß gegen 5 Uhr.

Kaiser's Sonderangebote:

KAISER'S KAFFEE
Marke Kaffee-Kanne
 1/2^{te} PAKET **1,75**

Freitag und Sonnabend
 in allen Filialen **Gross-Berlins**

KAISER'S TEE
Spezialmischung
 1/10^{te} PAKET **0,60**

KAISER'S TEE
Spezialmischung
 1/5^{te} PAKET **1,20**

Unsere Filialen:

N. Bader, 18 Bruckstr. 38 Chausseestr. 25 Grossbecker Str. 1 Kandammallee 30 a Landsberger Allee 20 Müllerstr. 100 Rahlschender Str. 18 Schönhäuser Allee 110 Tresckowstr. 18	W. Coblenz, 1 Goslarer Str. 28 Grosbecker, 48 Lützowstr. 23	Wilmersdorfer Str. 71 128 143	Berlin-Schöneberg Kollmannstr. 28 Tempelhofer Str. 21
O. Gobener Str. 21 Gruber Weg 40 Kopernikusstr. 18 Krautstr. 40 b Pelarsberger Str. 21 Stralauer Allee 20 b	NW. Alt-Moabit 112 Beusselstr. 20 Lützenstr. 43/44 Stephanstr. 42 Turmstr. 43 a Wilmsacker Str. 30	Spandau Brennstraße 49 Hamburger Str. 35 Jägerstr. 1 Neuendorfer Str. 5 Potsdamer Str. 1a Schönwalder Str. 28	Berlin-Oberschöneberg Edessastr. 28 Wilhelminenhof, 21
SO. Dresdener Str. 115 Neanderstr. 27 Oranienstr. 1 Reichenberger Str. 127 Wraschelstr. 23	C. Alle Schönhäuser Strasse 20	Berlin-Lichtenberg Betzagener Str. 63 Frankfurter Allee 60 Frankfurter Allee 101 Frankfurter Allee 224 Wilhelmstr. 10	Berlin-Adlershof, Bismarckstr. 25 Baumschulweg, Gussmühlens- straße 18-20 Britz, Chausseestr. 47 Friedrichsfelde, Berliner Str. 40 Harnsdorfer, Bahakstr. 17 Hühnerbühlchen, Berliner Str. 113 Lichterfelde-W., Hinderburgdamm 53 Merländer, Chausseestr. 34 Pankow, Schönhauser Str. 1 Reinickendorf, Residenzstr. 107 Reinickendorf, Heuholze, 10 Südende, Steglitzer Str. 25 Schmargendorf, Urtala Str. 22 a Tegel, Berliner Str. 9 Tempelhof, Berliner Str. 25 Waldmann, Se-linear Allee 242
S. Torgassestr. 20 Gr.-Moabit, 28	Charlottenburg Aegidienstr. 24, Ecke Passauer Str. Berliner Str. 115 Danckelmannstr. 28 Grolmannstr. 14 Holtzendorfer Str. 4 Kaiser-Friedr.-Str. 25 Kleiststr. 19 Koblenzstr. 2 Sonnensstr. 15 Taschengraber Str. 12 Urbanstr. 32	Neukölln Bergstr. 140 Hermannstr. 49 Hormannstr. 113 Kaiser-Friedrich- Straße 242	Weitere Filialen in Cöpenick, Schönhauser, 1 Friedrichshagen bei Berlin, Fried- richstr. 25 Köpenick, Friedrichstr. 20 Potsdam, Brandenburger Str. 20 Königsberg, 20
SW. Friedrichstr. 227		Berlin-Steglitz Eckstr. 42 Schloßstr. 28	

KAISER'S MALZKAFFEE
 Unübertroffen } lose das Pfd.
 Bester Zusatz zu Bohnenkaffee } nur 30 Pf.

KAISER'S KAFFEE **KAISER'S TEE**
 ausgewählte Mischungen feine Mischungen, lose
 Pfd. M. 2,40, 2,60, 3,00, 3,40, 3,80, 4,00, Pfd. M. 4,00, 4,60, 5,20, 6,00, 7,00, 8,00
 4,20, 4,60 In Paketen 100 g zu 50 Pf., 1,00, 1,15, 1,30, 1,50, 1,75
In Paketen 50 g zu 50, 55, 60, 70, 80, 90 Pf.

KAISER'S KAKAO
 SCHOKOLADE UND PRALINEN
 feinste Qualitäten in allen Pralinen

KAISER'S KAFFEE-GESCHÄFT